

100
Echt AWO. Seit 1919.
Erfahrung für die Zukunft.



Bundesverband e. V.

Wahlprüfsteine der Arbeiterwohlfahrt (AWO) für die Europawahl 2019

*Antworten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
CDU/CSU, DIE LINKE, FDP und SPD*

Stand: 20. Mai 2019

Impressum

AWO Bundesverband e. V.
Blücherstr. 62/63
10961 Berlin
Telefon: (+49) 30 – 263 09 – 0
Telefax: (+49) 30 – 263 09 – 325 99
E-Mail: info@awo.org
Internet: awo.org

Verantwortlich: Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender
Ansprechpartner*in: Marius Isenberg
E-Mail: marius.isenberg@awo.org

Layout: textsalz – Linda Kutzki

© AWO Bundesverband e. V., Berlin. Das Copyright für Texte und Bilder liegt, soweit nicht anders vermerkt beim AWO Bundesverband e.V.

Abdruck, auch in Auszügen, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers.
Alle Rechte vorbehalten

Mai 2019

Inhalt

Vorwort	4
Für eine demokratische EU und eine starke Zivilgesellschaft	5
Ein soziales und solidarisches Europa fördern	9
Daseinsvorsorge und soziale Dienstleistungen stärken	18
Den Ausgleich zwischen den Regionen fördern	21
Die Europäische Flüchtlingspolitik neu gestalten	24
Ein Europa der Chancengleichheit und der Gleichberechtigung	28
Digitalisierung sozial gestalten	35
Europäischen Klimaschutz fördern	39
Offene Methode der Koordinierung weiterentwickeln	41

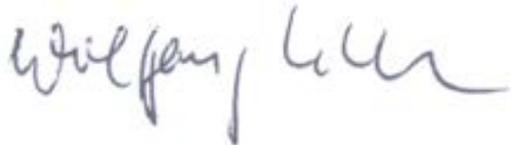
Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Vom 23. – 26. Mai 2019 wählen die Bürgerinnen und Bürger der europäischen Mitgliedsstaaten ihr Europäisches Parlament, die einzige von ihnen direkt gewählte Vertretung. Die AWO hat ihre Erwartungen an das Europäische Parlament in einem Forderungspapier zusammengefasst und daraus Wahlprüfsteine in Form von 39 Fragen an die im Bundestag vertretenden, demokratischen Parteien verfasst. Beide Papiere sowie Informationen zu unseren Aktivitäten finden Sie online unter: www.awo.org/europawahl2019.

Alle befragten Parteien, also Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, Die LINKE, FDP, und SPD haben die Wahlprüfsteine beantwortet. Damit Sie sich ein Bild darüber machen können, welche Partei ihre sozialen Interessen am besten unterstützt, haben wir die Positionen der Parteien zu unseren Erwartungen hier gegenübergestellt.

Die AWO begleitet die Europawahlen (#EuropeanHeart) und macht mit vielfältigen Aktionen auf ihre Positionen aufmerksam und setzt sich so für ein soziales und solidarisches Europa ein.



Wolfgang Stadler
Vorsitzender des Vorstands

Für eine demokratische EU und eine starke Zivilgesellschaft

Die EU leidet unter einem Legitimationsdefizit. Neben antieuropäischer Stimmungsmache durch Populist*innen und EU-Skeptiker*innen, tragen die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der Mitgliedstaaten und zwischen den Regionen zum Legitimationsverlust bei und schaffen den Nährboden für rechtspopulistische Bewegungen in der EU. Gleichzeitig wird in einigen Ländern die Zivilgesellschaft aktiv angegriffen, um deren kritische Stimmen zu schwächen.

Frage: *Wie kann das steigende Legitimationsdefizit der EU aus ihrer Sicht behoben werden? Mit welchen Kompetenzen muss das Europäische Parlament ausgestattet werden, um die EU demokratischer zu machen?*

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Das Europäische Parlament soll in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden können. Die Wahlen zum Europaparlament müssen wirklich europäische Wahlen werden, ein Ringen um die gemeinsamen Lösungen in einer europäischen Öffentlichkeit. Zusätzlich zu Spitzenkandidat*innen wollen wir dafür transnationale Listen. Im Rat der Mitgliedstaaten, dem Entscheidungsgremium der nationalen Regierungen, wollen wir eine noch häufiger drohende Blockade einiger europafeindlich auftretenden Regierungen verhindern. Dafür wollen wir im Rat mehr Transparenz der Positionen der Mitgliedstaaten in Verhandlungen und Mehrheitsentscheidungen wo es bisher noch Einstimmigkeit braucht, z.B. bei Steuern.

| Antwort der CDU/CSU

Das Europäische Parlament ist die Herzkammer unserer europäischen Demokratie. Es ist die einzige Institution, die direkt von den EU-Bürgern gewählt wird. Wir wollen die europäische Demokratie stärken, Transparenz fördern und Europa in die Hände der Menschen geben. Daher haben wir bei der letzten Europawahl den Spitzenkandidatenprozess eingeführt: Derjenige Spitzenkandidat der europäischen Parteienfamilien, der die Mehrheit der Abgeordneten im Europäischen Parlament hinter sich versammeln kann, muss Präsident der Europäischen Kommission werden. In unserem demokratischen Europa müssen die Bürger wissen, für wen sie sich mit ihrer Stimme bei der Wahl entscheiden. Das Ergebnis des Spitzenkandidatenprozesses ist für uns bindend. Dass mit unserem EVP-Spitzenkandidaten Manfred Weber der Fraktionsvorsitzende der größten Partei im Europäischen Parlament für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten kandidiert, sendet ein klares Signal für mehr Demokratie.

Wie die nationalen Parlamente muss auch das Europäische Parlament das Recht haben, Gesetze auf den Weg zu bringen. Daher setzen wir uns zur Stärkung der europäischen Demokratie für das Initiativrecht des Europäischen Parlaments ein. Darüber hinaus ist uns wichtig, dass das Europäische Parlament möglichst effizient arbeiten kann. Hierzu soll es Vorschläge unterbreiten.

| Antwort von DIE LINKE

Wir wollen die Demokratie und die Mitbestimmung der Menschen in der EU stärken. Dazu müssen die Bürgerinnen und Bürger mit Volksbegehren und Volksentscheiden Themen auf der EU-Ebene verbindlich setzen können. Sie müssen sie zur Abstimmung bringen können, wenn sie im Institutionengefüge der EU nicht durchdringen. Demokratie ist mehr, als alle vier oder fünf Jahre seine Stimme abgeben zu dürfen. Die Europäische Bürgerinitiative muss zu einer EU-Bürgergesetzgebung ausgebaut werden, die den Initiatorinnen und Initiatoren das Recht gibt, ein EU-Bürgerbegehren durchzuführen und eine EU-weite Volksabstimmung anzustreben, wenn das Parlament ihre Initiative abgelehnt hat. Bürgerinnen und Bürger in der EU sollen das Recht erhalten, über Volksentscheide und Volksbegehren konkrete EU-Politik mitzugestalten und Gesetze zu initiieren. Ein von der EU beschlossenes Gesetz sollen sie so ändern bzw. verhindern können.

Der Rat der EU und mit ihm die Mitgliedstaaten sind zu gewichtig gegenüber dem Europäischen Parlament. Dieses muss gestärkt werden gegen die Macht der Kommission, des Rats der EU und des Europäischen Rats. DIE LINKE kämpft für ein Europäisches Parlament, in dem es wirklich etwas zu entscheiden gibt. Das Europäische Parlament muss ein uneingeschränktes Initiativrecht bekommen, damit es selbst Gesetzesprozesse anstoßen und so Politik entwickeln kann. Nur das Europäische Parlament soll die

Kommission und ihre Präsidentin bzw. ihren Präsidenten vorschlagen, wählen und abwählen können.

| Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten wollen den „Wanderzirkus“ des Europäischen Parlaments zwischen Straßburg und Brüssel beenden. Das Europäische Parlament soll einen festen Tagungsort haben und selbst über seinen Sitz entscheiden können. Das spart Zeit und Geld im Vergleich zum Parallelbetrieb zwischen zwei Parlamentssitzen sowie der Unterbringung eines Teils der Parlamentsverwaltung in Luxemburg. Außerdem wollen wir das Parlament mit vollem Initiativrecht ausstatten. So können die Fraktionen und die Abgeordneten selbst Schwerpunkte setzen, die dem Wählerauftrag stärker entsprechen.

Außerdem treten wir für eine klare Kompetenzabgrenzung und eine stärkere Subsidiaritätskontrolle ein.

| Antwort der SPD

Das Europäische Parlament ist der zentrale Ort für die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. Wollen wir die europäische Demokratie mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen stärken:

- ▶ mit echten europäischen Spitzenkandidatinnen und -kandidaten. Die Wählerinnen und Wähler sollen einfacher erfahren können, welche Partei im Europäischen Parlament für welche Inhalte steht. Dazu leistet der pointierte politische Wettstreit der Spitzenkandidatinnen und -kandidaten um das Amt der Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten einen wichtigen Beitrag.
 - ▶ mit der Einführung von europäischen Wahllisten. Europawahlen sind zurzeit 28 nationale Wahlen. Wir wollen, dass europäische Spitzenkandidatinnen und -kandidaten nicht nur in ihren Mitgliedsstaaten gewählt werden dürfen, wie es heute der Fall ist, sondern in allen Mitgliedsstaaten. Dafür wollen wir transnationale Listen bei der Europawahl und ein Zweistimmenwahlsystem einführen: Eine Stimme entfällt auf eine transnationale Liste, die von den europäischen Spitzenkandidatinnen oder Spitzenkandidaten angeführt wird, die sich um die Präsidentschaft
- der Europäischen Kommission bewerben. Mit der anderen Stimme werden wie bisher die Kandidatinnen und Kandidaten auf der nationalen Liste für das Europäische Parlament gewählt.
- ▶ mit einem Gesetzesinitiativrecht des Europäischen Parlaments. Wir wollen, dass die europäischen Volksvertreterinnen und Volksvertreter endlich selbst Initiativen für Gesetzesvorhaben starten können. Bisher beschränkt sich das Initiativrecht des Europäischen Parlaments auf die Möglichkeit, die Kommission zur Vorlage eines Vorschlags aufzufordern. Nur die Europäische Kommission hat das Recht, EU-Gesetzesvorschläge auf den Weg zu bringen.
 - ▶ mit einem Untersuchungs- und Kontrollrecht des Europäischen Parlaments. Wir setzen uns für die Einführung eines gestärkten Untersuchungsrechts für das Europäische Parlament ein. Untersuchungsausschüsse müssen insbesondere die Möglichkeit erhalten, Personen vorzuladen, damit das Parlament Missstände besser aufarbeiten und die Exekutive wirksamer kontrollieren kann. Die Instrumente des Europäischen Parlaments, einzelne Kommissionsmitglieder während der gesamten Dauer ihrer Amtszeit zur Rechenschaft zu ziehen, sollten verbessert werden. Bei grobem Fehlverhalten sollte das Europäische Parlament nicht nur der gesamten Kommission, sondern auch einzelnen Mitgliedern mit qualifizierter Mehrheit das Misstrauen aussprechen können.
 - ▶ durch mehr Transparenz durch verbindliches Lobbyregister für alle EU-Institutionen. In Europa gibt es lange Transparenz darüber, welche Verbände, Firmen und Vereine versuchen, ihren Einfluss im Europäischen Parlament geltend zu machen. Dieses Transparenzniveau wollen wir für alle EU-Institutionen. Damit wollen wir auch Vorbild sein für Regelungen in den Mitgliedsstaaten.
 - ▶ Mehrheitsprinzip bei allen Entscheidungen im EU-Ministerrat verstärken. Europa muss noch an vielen Stellen zu deutlich schnelleren und effizienteren Entscheidungen kommen. Zu oft gilt noch das Prinzip der Einstimmigkeit. Dadurch wird die Handlungsfähigkeit Europas gelähmt. Künftig sollen wichtige Gesetzgebungen nicht mehr durch einzelne Mitgliedsstaaten blockiert werden können.

Frage: Was muss aus ihrer Sicht unternommen werden, um eine Stärkung der Zivilgesellschaft zu erreichen und diese vor staatlichen Übergriffen zu schützen?

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Uns ist die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ein wichtiges Anliegen. Um den Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume in manchen EU-Mitgliedstaaten entgegenzutreten, halten wir einen Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsverteidiger*innen innerhalb der Europäischen Union für sinnvoll. Darüber hinaus streben wir die Einführung der Rechtsform eines „Europäischen eingetragenen Vereins“ an, um Nichtregierungsorganisationen europaweit der Willkür der Nationalregierungen zu entziehen und ihren Status europäisch zu schützen.

| Antwort der CDU/CSU

Eine funktionierende Zivilgesellschaft ist einer der Grundpfeiler für eine freie Gesellschaft und für unsere Demokratie unerlässlich. Deshalb treten wir europaweit für die Achtung von Grundrechten wie etwa Demonstrations- und Meinungsfreiheit ein. Bei diesen Rechten gibt es für uns keinen Rabatt.

Bürgerschaftliches Engagement stärkt den Zusammenhalt und ist Ausdruck gelebter Demokratie. Menschen engagieren sich ehrenamtlich, weil es ihnen ein Anliegen ist, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten für das Gemeinwohl einzusetzen, sich untereinander und insbesondere den Schwächeren zu helfen sowie Gemeinschaft mit anderen Engagierten zu erfahren und Anerkennung zu erhalten.

Ehrenamtliche Arbeit ist nicht in allen Mitgliedstaaten der EU als Politikfeld etabliert. Bis heute fehlt es an einem europaweit geteilten Verständnis von Engagement-Politik. Ein erster Anstoß für mehr Engagement in Europa ging vom europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit im Jahr 2011 aus, das im Juni 2018 durch die Errichtung des Europäischen Solidaritätskorps abgelöst wurde. Er soll jungen Menschen zwischen 18 und 30 Jahren die Möglichkeit geben, in den Bereichen Umwelt, Kultur, Soziales und Flüchtlingshilfe freiwillig zu arbeiten. Dabei verpflichten sich die jungen Menschen, europäische Werte – wie die Achtung der Menschenwürde, Toleranz, Solidarität und Achtung der jeweiligen Kultur und Tradition – bei der Ausübung ihres Dienstes zu berücksichtigen. Dem Europäischen Solidaritätskorps stehen 375 Mio. Euro an Fördermitteln bis Ende 2020 zur Verfügung.

Entbürokratisierung und verbesserte Rahmenbedingungen für das Ehrenamt stehen für uns ganz oben auf der Agenda. Zur schnelleren Überwindung noch bestehender Hürden für mehr bürgerschaftliches Engagement in Europa (Informationsdefizite, Haftungsrisiken) befürworten wir daher die Errichtung einer Parlamentariergruppe („Volunteering Inter-group“) für bürgerschaftliches Engagement.

| Antwort von DIE LINKE

Die Macht der Lobbyisten muss geschwächt, die der Zivilgesellschaft gestärkt werden. DIE LINKE fordert für die EU wie auch für die Bundesrepublik verbindliche, digital lesbare Lobby- und Transparenzregister. Mit ihnen soll öffentlich gemacht werden, mit welchem Budget, in wessen Auftrag und zu welchem Thema die Lobbyisten Einfluss auf die Politik nehmen.

Von und mit den Menschen, sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in Europa wollen wir eine neue Verfassung entwickeln. Dazu treten wir für einen Verfassungskonvent ein, in dem Vertreterinnen und Vertreter der zivilgesellschaftlichen Akteure der Mitgliedsstaaten der EU gleichberechtigt und gemeinsam die Grundlagen der EU diskutieren, einen Entwurf für eine Verfassung erarbeiten und diesen zur Beratung und Abstimmung durch die Menschen in der EU vorlegen können.

| Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten wollen ein Europa der Vielfalt. Grundrechte stehen nicht zur beliebigen Disposition von Mehrheiten, auch nicht von demokratisch gewählten Mehrheiten. Wir setzen dabei gegenüber den europäischen Partnerländern auf Dialog und Überzeugungskraft. Dort, wo Freiheits- und Bürgerrechte entgegen der EU-Grundrechtecharta systematisch eingeschränkt oder die Werte der Europäischen Union (EU) schwerwiegend gefährdet werden, müssen der EU wirksame Sanktionsmechanismen zur Verfügung stehen.

Es ist für uns Freie Demokraten selbstverständlich, dass unter anderem die Gewährung finanzieller Mittel an einen Mitgliedstaat an die Einhaltung der gemeinsamen Werte, die Wahrung von Bürgerrechten und die Existenz einer rechtsstaatlichen Ordnung mit unabhängiger Justiz geknüpft sein müssen. Wir tre-

ten deshalb dafür ein, dass neben dem EU-Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips mit seinen Dialogmechanismen und dem Entzug von Stimmrechten nach Art. 7 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) ein drittes Vorgehen ermöglicht wird, nach dem die Verteilung von Mitteln an die europäischen Mitgliedstaaten von der Beachtung dieser Werte abhängig gemacht werden kann (Konditionalitätsklauseln).

Wir Freie Demokraten treten zudem für eine Aufwertung der europäischen Grundrechteagentur ein. Dazu fordern wir, dass die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) ein Mandat zur politischen Bewertung der Menschenrechtssituation in den Mitgliedstaaten der EU erhält. Dies soll nach dem Vorbild des UN Universal Periodic Review in regelmäßigen Abständen für jeden Mitgliedstaat erfolgen. Mit dieser Aufwertung der Agentur wollen wir eine neue Grundwerteinitiative starten, die eine Verteidigung europäischer Grundwerte in den Mitgliedstaaten durch rechtzeitige Diskussionen ermöglicht.

Die EU-Kommission soll darüber hinaus die Möglichkeit erhalten, „systemische Vertragsverletzungsverfahren“ einzuleiten, indem sie eine Reihe spezifischer Vertragsverletzungsverfahren gegenüber einem Mitgliedstaat bündeln kann, die zusammen ein Muster erkennen lassen, das eine schwerwiegende Verletzung der Werte der EU, wie Demokratie, die Existenz unabhängiger Medien und einer rechtsstaatlichen Ordnung, nahelegt. Auf diese Weise könnten der Europäische Gerichtshof und die EU-Kommission schneller und wirksamer gegen hartnäckig vertragsverletzende Mitgliedstaaten vorgehen.

| Antwort der SPD

Eine aktive europäische Zivilgesellschaft ist die Brücke zu den Bürgerinnen und Bürgern. Ihre Beteili-

gung war nie wichtiger als heute und für die europäische Integration unerlässlich. Demokratie kann ohne eine plurale, kreative und kritische Zivilgesellschaft nicht funktionieren. Die SPD fordert aus diesem Grund, dass die Auszahlung europäischer Fördermittel an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien gekoppelt wird.

Die SPD will, dass in Gesetzgebungsverfahren mehr auf die europäische Zivilgesellschaft gehört wird. Dafür werden wir im europäischen Gesetzgebungsprozess zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Vereinen, NGOs, Jugendringen und -verbänden, Projekten und Initiativen eine transparente und chancengleiche Einbindung ermöglichen. Uns geht es um einen gleichberechtigten Dialog aller Partner und Partnerinnen.

Die SPD setzt sich zudem dafür ein, dass das Budget für zivilgesellschaftliche Projekte im nächsten siebenjährigen Finanzrahmen 2021 – 2027 aufgestockt wird. Wir dürfen nicht zulassen, dass in Europa Regierungen den Einfluss und Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher Initiativen, von Künstlerinnen und Künstlern systematisch einschränken.

Die SPD hat mit dafür gesorgt, dass mit der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) Bürgerinnen und Bürger die Europäische Kommission auffordern können, eine Gesetzesinitiative zu ergreifen. Wir wollen die Reform der EBI zügig voranbringen. Vor allem wollen wir das Mindestalter für eine Beteiligung auf 16 Jahre absenken.

Zivilgesellschaftliche Organisationen dürfen nicht weniger Zugang zu den Entscheidungsprozessen haben, als andere Verbände oder Organisationen. Deshalb setzt sich die SPD mit Nachdruck für die Stärkung des EU-Lobbyregisters (Transparenzregister) der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments ein.

Frage: Auf welchen politischen und institutionellen Ebenen muss die Zivilgesellschaft mit eingebunden werden, damit eine echte Mitgestaltung gewährleistet werden kann?

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Wir wollen die Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union noch demokratischer machen, das Europäische Parlament stärken und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Menschen verbessern. Da-

zu gehört auch, die Meinung der Zivilgesellschaft zu hören. Deshalb sollte die Europäische Bürgerinitiative (EBI) als Instrument zur Teilhabe gestärkt, ausgebaut und entbürokratisiert werden.

| Antwort der CDU/CSU

Siehe Antwort auf die vorherige Frage.

| Antwort von DIE LINKE

Zivilgesellschaftliche Akteure müssen sich gleichberechtigt auf allen Ebenen der Europäischen Union in die politischen Prozesse mit einbringen können. Wir wollen einen europäischen Fonds zur Förderung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich für Demokratie, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit weltweit einsetzen, ihn wollen wir mit substanziellen finanziellen Mitteln ausstatten.

| Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten wollen mehr und neue Formate, in denen die Bürgerinnen und Bürger über Europa diskutieren können. Jede und jeder sollte die Möglichkeit haben, nicht nur konkrete Beschwerden oder Anliegen bei den EU-Gremien vorzutragen. Formate wie Bürgerdialoge, Hausparlamente und demokratische Konvente sollen von der Europäischen Union gefördert werden, ohne dass inhaltliche Themen vorgegeben werden. Außerdem wollen wir eine regionale Ausgewogenheit herstellen und lokale Organisationen einbeziehen, um pluralistische Veranstaltungen zu erreichen, in denen der Dialog im Mittelpunkt steht.

Freidemokratische Mandatsträger auf europäischer Ebene verstehen derartige Diskussionsforen als Bereicherung und Rückbindung ihrer Tätigkeit. In diesem Zusammenhang wollen wir auch mit pro-europäischen Gruppen und Bürgerbewegungen zusammenarbeiten, die solche Dialoge veranstalten.

Zudem setzen wir uns dafür ein, nach der Wahl einen Europäischen Konvent nach Art. 48 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) bis spätestens 2022 einzuberufen. Dieser soll aus Vertreterinnen und Vertretern der nationalen Parlamente und Regierungen, des Europäischen Parlaments und der Kommission zusammengesetzt werden. Zugleich fordern wir, dass der Konvent im offenen und umfassenden Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas mit breiten Beteiligungsmöglichkeiten selbst Bürgerdialoge und Bürgerbefragungen durchführt und online Eingaben berücksichtigt, bevor er seine Reformvorschläge für eine Europäische Verfassung der nächsten Regierungskonferenz unterbreitet. Über die neue Europäische Verfassung sollen die europäischen Bürgerinnen und Bürger in einer gemeinsamen europäischen Volksabstimmung abstimmen und damit die Grundlage für die Europäische Union der Zukunft schaffen.

| Antwort der SPD

Siehe Antwort auf die vorherige Frage.

Ein soziales und solidarisches Europa fördern

Ohne die Gestaltung eines sozialen Europas wird die europäische Idee scheitern. Für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung und den Zusammenhalt der Mitgliedstaaten sind weniger Armut und mehr sozi-

ale Gerechtigkeit notwendig. Die AWO setzt sich für ein soziales Europa ein, das dem Europäischen Binnenmarkt als Korrektiv entgegengestellt wird.

Frage: Welche Mittel halten Sie für geeignet, um mehr sozialpolitische Konvergenz in Europa herzustellen?

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Alle Menschen müssen die Möglichkeit haben, ein würdevolles Leben führen zu können. Für uns ist die Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung essenziell. Deshalb setzen wir uns für eine Grundsicherung für alle Menschen und europaweite Mindestlöhne ein.

| Antwort der CDU/CSU

Unser Europa der sozialen Sicherheit konzentriert sich auf Grundstandards bei Arbeitnehmerrechten sowie Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards. Die sozialpolitische Konvergenz ergibt sich dabei aus der wirtschaftlichen Konvergenz, weil Sozialleistungen immer durch die Wirtschaftsleistung finanziert werden müssen. Die sozialen Sicherungssysteme bleiben in der Zuständigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten.

| Antwort von DIE LINKE

Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten sind unterschiedlich. Einheitlich muss sein: das Recht auf ein Leben frei von Armut. Soziale Rechte müssen von jedem Menschen in der EU individuell einklagbar sein.

Ein gemeinsamer europäischer Arbeitsmarkt, u. a. Arbeit von Erwerbstätigen im Ausland und die grenzüberschreitende Entsendung von Arbeitskräften, braucht gemeinsame Regeln, die sich am Interesse der Beschäftigten, nicht der Konzerneigentümer orientieren. Um Lohn- und Sozialdumping zu überwinden und den Standort- und Konkurrenzdruck zu verringern, wollen wir gemeinsame Mindeststandards und starke, einklagbare Rechte für die Beschäftigten durchsetzen.

| Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten wollen gleichberechtigte Chancen auf Arbeit und Wohlstand für alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik muss so nah an den Men-

schen gemacht werden wie möglich. Der Weg, um die Lebensverhältnisse in der EU zu verbessern, kann nur eine Aufwärtskonvergenz sein. Dazu braucht es eine Stärkung des Binnenmarktes, solide Staatsfinanzen und kluge Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

| Antwort der SPD

Eine Harmonisierung von nationalen Systemen der Grundsicherung ist notwendig, um die Lebensstandards in den EU-Ländern zu verbessern. Manche Länder haben keine Grundsicherungssysteme, was ein Grund für Armutsmigration sein kann. Die Regelung einer Existenzsicherung muss durch einen universellen Zugang zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen und aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ergänzt werden. Daneben müssen die sozialen Indikatoren wie Vermögensverteilung, Einkommensungleichheit und Armutsgrenze im Europäischen Semester, der Koordinierung der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik, mehr berücksichtigt werden.

Frage: *Inwiefern sehen Sie die Europäische Säule Sozialer Rechte als Instrument zur Stärkung der sozialen Dimension? Wie stehen Sie zu sozialen Mindeststandards?*

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Wir machen uns stark für eine europäische Grundsicherungsrichtlinie, die soziale Mindeststandards für jedes Land festlegt. Die Mindeststandards sollten sich an der wirtschaftlichen und sozialen Situation des jeweiligen Landes sowie der EU-Armutdefinition orientieren. Die konkrete Umsetzung wäre dann Aufgabe der EU-Mitgliedstaaten, die natürlich auch höhere Standards beibehalten oder neue schaffen können.

| Antwort der CDU/CSU

Wir unterstützen soziale Mindeststandards, um Sozialdumping im EU-Binnenmarkt zu verhindern. Wir konzentrieren uns dabei auf Grundstandards bei Arbeitnehmerrechten sowie Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards. Im Sinne der sozialen Sicherheit gilt: Unser Europa lässt niemanden zurück. Dies soll sich auch in den Förderprogrammen widerspiegeln. Gleichwohl bleiben die Mitgliedstaaten für die sozialen Sicherungssysteme selbst verantwortlich.

| Antwort von DIE LINKE

Die „Krisenbewältigung“ der EU hat mit den Auflagen und „Reformen“ Millionen Menschen in die Krise gestürzt. Was als „Strukturanpassung“ bezeichnet wird, sind Kürzungsprogramme und bedeutet für die Menschen zunehmende Verarmung und Ausgrenzung zugunsten der Profiteure der Unternehmen. Eine Stärkung der europäischen Säule sozialer Rechte bedeutet dagegen Zugang zum Arbeitsmarkt, faire Arbeitsbedingungen und nachhaltigen Sozialschutz.

DIE LINKE fordert: Soziale Menschenrechte müssen bedingungslos für alle Menschen in der EU gelten: Wohnen, Gesundheit, Bildung, Zugang zu sozialen und kulturellen Dienstleistungen, zu sozialen Sicherungssystemen, zu Wasser und Energie – kurz: Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung.

| Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten unterstützen einige wichtige Forderungen in der Erklärung zur Europäischen Säule sozialer Rechte. Dazu gehören das Recht auf Bildung,

das Recht auf Unterstützung bei der Rückkehr in Beschäftigung, der Grundsatz der Nicht-Diskriminierung und die Betonung der Tarifautonomie. Die Europäische Säule sozialer Rechte definiert aus unserer Sicht Mindeststandards, die alle Mitgliedsstaaten auf der nationalen Ebene erreichen sollen.

| Antwort der SPD

Die praktische Geltung der sozialen Grundrechte hat in Europa nicht Schritt gehalten mit der gelungenen wirtschaftlichen Integration. Um dieses Ungleichgewicht auszugleichen, treten wir für eine neue Balance zwischen wirtschaftlichen Freiheiten und sozi-

alen Rechten ein. Erst wenn die sozialen Rechte den Grundfreiheiten der EU gleichstehen, können europäische Gesetze nicht mehr zu Sozialabbau und Einschränkung der Mitbestimmung führen.

Die 2017 proklamierte Europäische Säule der sozialen Rechte (ESSR) wollen wir deshalb mit einer verbindlichen europäischen Sozialagenda umsetzen und mit Leben füllen. Die Rechtsverbindlichkeit der sozialen Rechte muss sichergestellt werden. Im mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 sollen die nötigen finanziellen Mittel vorgesehen werden, die es braucht, um eine europäische Sozialpolitik für die Bürgerinnen und Bürger auch erfahrbar zu machen.

Frage: *Wie müssen soziale Mindeststandards ausgestaltet sein, damit sie in den Staaten mit einem höheren Sicherungsniveau nicht die bestehenden Standards verschlechtern?*

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Soziale Mindeststandards sollten sich stets an der wirtschaftlichen und sozialen Situation der EU-Mitgliedstaaten sowie der EU-Armutdefinition orientieren. Auf diese Weise kann verhindert werden, dass höhere Standards beibehalten und niedrigere Standards verbessert werden.

wirtschaft und Landwirtschaft in ganz Europa reichen.

Die EU muss ihre Mitgliedstaaten verpflichten, allen Menschen ein Leben ohne Armut zu ermöglichen. Das gilt für Erwachsene wie für Kinder und Jugendliche – unabhängig von Herkunft oder Nationalität. Die ärmeren Länder der Europäischen Union müssen beim Aufbau und Ausbau von Systemen der sozialen Mindestsicherung unterstützt werden.

| Antwort der CDU/CSU

Der soziale Dialog der Tarifpartner hat auch auf europäischer Ebene eine wichtige Funktion, die weiter gestärkt werden sollte. Dies ist auch ein wirksames Mittel, um Sozialdumping im EU-Binnenmarkt zu vermeiden. Europäische Regelungen dürfen nationale Schutzstandards, Mitbestimmungsrechte und Sicherungsniveaus nicht aufheben, aushebeln oder unterlaufen.

| Antwort der FDP

Bei der Ausgestaltung von Mindeststandards kann das erklärte Ziel nur eine Aufwärtskonvergenz sein. Dabei darf es aber keine Gleichmacherei geben. Daher sollte die Heterogenität der Mitgliedstaaten berücksichtigt werden, indem die Verantwortung für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Kern bei den Mitgliedsstaaten verbleibt.

| Antwort von DIE LINKE

Wir treten für eine verbindliche europäische Mindestlohnregelung ein: Alle EU-Staaten werden dazu verpflichtet, armutsfeste existenzsichernde gesetzliche Mindestlöhne einzuführen. Dafür müssen sie oberhalb von 60 Prozent der mittleren Verdienste (in der Fachsprache: des Medianlohns) in den jeweiligen Ländern liegen. Für Deutschland heißt das heute: 12 Euro Mindestlohn, ohne Ausnahmen. Wir brauchen wirksame Kontrollen für den gesetzlichen Mindestlohn, die von den Gemüsefeldern in Griechenland und Spanien bis zu Schlachthöfen, Bau-

| Antwort der SPD

Wir wollen, dass die EU-Mitgliedsstaaten mittel- bis langfristig das Schutzniveau ihrer Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherungssysteme angleichen. Dabei ist klar, dass es kein Nivellieren nach unten geben darf. Wir sind davon überzeugt, dass die Annäherung an ein hohes Sozialschutzniveau für alle die Nachfrage stabilisieren und Europas Volkswirtschaften

krisenfester machen wird. Als nächstes wollen wir einen Rahmen für armutsfeste Mindestlöhne und adäquate Mindeststandards für nationale Grundversicherungssysteme in allen EU-Staaten durchsetzen. Dies ist das Herzstück der im November 2017 proklamierten ESSR. Kein Vollzeitlohn in der Europäischen Union darf unter der nationalen Armutsschwelle liegen. Funktionierende nationale Lohnfindungsmechanismen und nationale Systeme der Mindestlohnsetzung gilt es zu erhalten.

Zudem wollen wir einen europäischen Fonds als Rückversicherung für die Finanzierung von Sozialleistungen. Er wird in guten Zeiten von allen Mit-

gliedsstaaten gefüllt. Während einer Beschäftigungskrise können sie hieraus Mittel beanspruchen, um mit dem Geld ihre Arbeitslosenversicherungen zu unterstützen – damit nicht in der schwierigen Zeit die Leistungen für Arbeitslose gekürzt werden müssen. Nach der Krise führen sie das Geld zurück in den Fonds.

Die europäischen sozialen Grundrechte verlangen, dass sozial schwächeren Menschen der Zugang zu Sozialwohnungen oder qualitativer Wohnungsbeihilfe gewährt wird. Hierfür wollen wir die nationalen Akteure zusammenbringen und einen europäischen Austausch organisieren.

Frage: *Wie stehen Sie zu einer Fortführung der Europa-2020-Strategie?*

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Insbesondere mit Blick auf das Europa-2020-Ziel zur Senkung der Anzahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen um mindestens 20 Millionen kann kein Fortschritt festgestellt werden: Es ist unwahrscheinlich, dass dieses Ziel bis 2020 erreicht wird. Aus diesem Grunde muss die EU gerade im Bereich der Sozialpolitik deutlich ambitionierter handeln.

| Antwort der CDU/CSU

Siehe Antwort auf die nächste Frage.

| Antwort von DIE LINKE

Mit der „Europa2020“-Strategie waren Prioritäten vorgegeben, worauf sich die Finanzmittel der Kohäsionspolitik konzentrieren mussten. Den Regionen war damit bei der Erstellung ihrer Programme nicht die notwendige Flexibilität möglich und der basisorientierte Ansatz der Kohäsionspolitik, der die Ausrichtung auf die konkreten Bedürfnisse der Regionen ermöglicht, eingeengt.

Wenn im europäischen Wirtschafts- und Währungsraum mit einer Stimme gesprochen wird, dann müssen statt Wettbewerbsfähigkeit und Profit die Interessen der europäischen Bürger*innen an erster Stelle stehen. Das erfordert einen grundlegenden Richtungswechsel: von der neoliberalen Ausrichtung und Verfassung der EU zu einer Wirtschaft, die den

Menschen dient. Eine in diesem Sinne gestaltete Kohäsionspolitik ist unerlässlich. Sie muss ausgebaut und nicht zurückgefahren werden. Wir kämpfen gegen die Kürzungen der Kohäsionsmittel von acht Prozent (für Deutschland 21 Prozent) die in der Förderperiode 2021 bis 2027 geplant sind.

Dafür schlagen wir ein Gesamt-Konzept für eine demokratisch kontrollierte, ökologische und sozial gerechte Zukunftswirtschaft in Europa vor. Wir wollen sowohl die Arbeits- und Sozialverfassungen der Mitgliedstaaten als auch die öffentliche Daseinsvorsorge vor dem Liberalisierungsdruck der EU-Wirtschaftsintegration schützen. Es muss per Vertragsänderung ausgeschlossen werden, dass über die Anwendung der Grundfreiheiten, des Wettbewerbsrechts oder makroökonomischer Korrekturverfahren – sofern diese sanktionsbewehrt sind – soziale Rechte oder Arbeitnehmerrechte wie das Streikrecht eingeschränkt werden. Die Rechte, die sich aus der EU-Grundrechte-Charta ergeben, müssen grundsätzlich über den Binnenmarkt-Freiheiten stehen.

| Antwort der FDP

Die Europa 2020-Strategie war darauf angelegt, die Wettbewerbsfähigkeit Europas und eine nachhaltige Entwicklung voranzubringen. Diese Ziele sind nicht abgearbeitet, denn Europa steht im Zuge der Digitalisierung vor neuen Herausforderungen. Beschäftigung und Innovation, Klimaschutz und sozialer Zusammenhalt stehen deshalb weiter auf der Agenda. Dafür setzen wir Freie Demokraten uns besonders ein.

| Antwort der SPD

Die Europa-2020-Strategie war zu Teilen erfolgreich. So wurde unter anderem, trotz schwieriger Startbedingungen durch die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Beschäftigungsquote in Europa deutlich angehoben werden. Bei einer Fortführung der Europa-2020-Strategie ist es wichtig, die 17 Nach-

haltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) zu übernehmen. Dabei stellen die Bekämpfung von Armut sowie nachhaltiges Wirtschaftswachstum, welches im Einklang mit den umweltpolitischen Zielen liegt, Kernelemente dar.

Frage: Welche Rolle spielt Ihrer Ansicht nach die Strukturförderung bei der Gestaltung eines sozialen Europas in der Zukunft?

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Wir halten die Struktur- und Kohäsionsfonds für essenziell, um wirtschaftlich schwächere Regionen zu unterstützen. Dadurch können regionale Unterschiede ausgeglichen und der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt in der Europäischen Union gestärkt werden.

| Antwort der CDU/CSU

Die Strukturförderung dient der wirtschaftlichen und damit auch der sozialen Konvergenz der Mitgliedstaaten. Zu unserem sozialen Europa gehören auch die Struktur- und Investitionsfonds der Europäischen Union. Wir wollen dafür sorgen, dass diese Gelder zukünftig noch stärker auf Projekte ausgerichtet werden, die die Wettbewerbsfähigkeit steigern, Arbeitsplätze schaffen und mehr soziale Kohäsion schaffen.

| Antwort von DIE LINKE

Die EU muss erhebliche Mittel in den Strukturfonds zur Verfügung stellen und sie dazu zusätzlich aufstocken (statt sie, wie derzeit vorgesehen, zu kürzen). Dazu gehört eine sanktionsfreie Mindestsicherung für Menschen, die keine Erwerbsarbeit haben oder ausüben können. Sie muss oberhalb der Armutsrisikogrenze des jeweiligen Landes liegen. Die Strukturfonds wollen wir so umgestalten, dass soziale und ökologische Kriterien verpflichtend für eine Subventionszahlung sind. Wir schlagen einen Fonds für soziale, inklusive, solidarische und ökologische Entwicklung vor, der vor allem öffentliche und soziale Dienstleistungen fördern soll. In unserem Konzept einer aktiven, auf sozial-ökologischen Umbau zielenden Wirtschaftspolitik bilden öffentliche Investitionen den Kern. (Siehe auch Antwort zu 13.)

| Antwort der FDP

Die Strukturförderung sollte nach unserer Ansicht in erster Linie für eine Vertiefung des Binnenmarktes und eine Erleichterung der Arbeitnehmerfreizügigkeit eingesetzt werden. Wir Freie Demokraten setzen uns daher für eine Umgestaltung der Strukturförderung ein, um diese stärker auf Zukunftsinvestitionen auszurichten. Auf diese Weise kann das Wirtschaftswachstum gefördert und beispielsweise Arbeitslosigkeit effektiv bekämpft werden. Konkret fordern wir eine Gewichtsverlagerung zugunsten des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der sich noch stärker als bisher in den geförderten Regionen Europas auf die strukturellen Ursachen von Wachstumsschwächen und Innovationshemmnissen konzentrieren soll.

| Antwort der SPD

Die Strukturförderung spielt bei der Gestaltung eines sozialen Europas eine entscheidende Rolle. Die Hälfte der EU-Mittel wird über die fünf Struktur- und Investitionsfonds vergeben, darunter unter anderem der Europäische Sozialfonds, der beschäftigungswirksame Projekte insbesondere für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, junge Menschen und Arbeitssuchende fördert. Für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen wird der sogenannte ESF+ das wichtigste Finanzierungsinstrument der EU sein, um die Mobilität von Arbeitnehmern, Beschäftigungs-, Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie der Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung von Armut sein. Den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament ist es gelungen, insbesondere ein Instrument zur Bekämpfung von Kinderarmut mit einer Garantie von 5,9 Milliarden in den Fonds mitaufzunehmen.

Frage: *Stellt das „Europäische Semester“ ein geeignetes Werkzeug dar, um die sozialpolitischen Zielsetzungen der Europäischen Säule Sozialer Rechte anhand des Social Scoreboard zu überwachen?*

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Während das Social Scoreboard gut und wichtig ist, bleibt das Europäische Semester als Ganzes aber unausgewogen: Wenn ein EU-Mitgliedstaat nicht genügend spart bzw. zu viele Schulden macht, greifen wirtschaftliche Sanktionen; wenn Deutschland aber Jahr für Jahr die sozialen Ziele reißt, bekommt es maximal einen warnenden Brief. Das muss sich ändern.

| Antwort der CDU/CSU

Das Europäische Semester ist eine gute Grundlage, die in der Strategie Europa 2020 vereinbarten Ziele zu erreichen. Es muss aber im Rahmen der engeren Koordinierung der Wirtschaftspolitik weiterentwickelt werden. Die deutsche Erfahrung zeigt, dass sparsamer Umgang mit öffentlichen Mitteln und Umschichtung für mehr Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur kein Gegensatz sein müssen.

| Antwort von DIE LINKE

Die erstmalige Einbindung der Europäischen Säule sozialer Rechte durch die Europäische Kommission begrüßen wir. Das Potenzial des begleitenden Social Scoreboards zur Kenntlichmachung sozialer Missstände in der EU wird dabei aber nur unzureichend

genutzt. Zum einen zeigen sich die Mitgliedstaaten reserviert, zum anderen gelingt keine Veränderung der Dominanz budgetärer und wettbewerbsbezogener gegenüber sozialen Zielen.

Es muss jedoch noch mehr getan werden, um ein inklusives und nachhaltiges Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern und gleichzeitig die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten widerstandsfähiger zu machen.

| Antwort der FDP

Das Europäische Semester kann einen Beitrag dazu leisten, Transparenz bei der Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte herzustellen. Aus Sicht von uns Freien Demokraten sollten aber daraus keine verpflichtenden Maßnahmen für die Mitgliedsstaaten erwachsen.

| Antwort der SPD

Das Europäische Semester ist der Einstieg zur Koordination der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die SPD setzt sich dafür ein, dass im Europäischen Semester Indikatoren wie Vermögensverteilung in der Bevölkerung, Einkommensungleichheit und Armutsgrenze mit aufgenommen werden können.

Frage: *Wie stehen Sie zu der Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung?*

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Wir setzen uns für eine europäische Basis-Arbeitslosenversicherung ein, die durch die nationalen Sicherungssysteme ergänzt werden soll. Wir sind uns aber bewusst, dass die Einführung einer solchen europäischen Arbeitslosenversicherung eher ein mittelfristiges Projekt ist.

| Antwort der CDU/CSU

Auch die Verantwortung für die Sozialsysteme und Arbeitsmarktpolitik muss bei den Mitgliedstaaten bleiben. Eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung

lehnen wir ab. Sie würde zu dauerhaften Transferzahlungen innerhalb der EU führen und Anreize mindern, strukturelle Arbeitslosigkeit abzubauen.

| Antwort von DIE LINKE

Wir wollen, dass in der EU ein Solidar-Fonds eingerichtet wird, aus dem im Krisenfall die Sozial- und Arbeitslosensysteme eines Krisenlandes gestützt werden. Für diesen Fonds muss gelten: Superreiche und Konzerne des betroffenen Landes werden durch Sonderabgaben an den Kosten gerecht beteiligt. Der Solidar-Fonds entlässt die Mitgliedstaaten nicht aus der Pflicht, gute Arbeit und gute Ausbildung zu

schaffen, den Schutz vor prekärer Beschäftigung zu garantieren und eine existenzsichernde Erwerbslosenabsicherung und -vermittlung sicherzustellen.

| Antwort der FDP

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist und soll Aufgabe der Mitgliedstaaten bleiben. Gerade Sozialpolitik muss so nah an den Menschen gemacht werden wie möglich. Eine europäische Arbeitslosenversicherung lehnen wir daher ab.

| Antwort der SPD

Wir setzen uns für die Einführung eines europäischen Fonds als Rückversicherung für die Finanzierung von Sozialleistungen ein. Er wird in guten Zeiten von allen Mitgliedstaaten gefüllt. Während einer Beschäftigungskrise können sie hieraus Mittel beanspruchen, um mit dem Geld ihre Arbeitslosenversicherungen zu unterstützen – damit nicht in der schwierigen Zeit die Leistungen für Arbeitslose gekürzt werden müssen. Nach der Krise führen sie das Geld zurück in den Fonds. Damit kombinieren wir Eigenverantwortung und Solidarität.

Frage: *Unterstützen Sie das Konzept einer europäischen Kindergrundsicherung? Welche anderen Mittel zur Bekämpfung von Kinderarmut sind für Ihre Fraktion vorstellbar?*

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Die Europäische Union muss gemeinsam mit den Mitgliedstaaten wirkungsvolle Maßnahmen gegen Kinderarmut entwickeln. Wir wollen, dass kein Kind in der EU in Armut leben muss. Wir machen uns stark für eine europäische Grundsicherungsrichtlinie, die soziale Mindeststandards für jedes Land festlegt, angepasst an die jeweilige ökonomische Situation.

seren und ticketfreien ÖPNV, freier Zugang zum Internet und gebührenfreie Bildung und Ausbildung von der Kita bis zur Hochschule für alle.

| Antwort der CDU/CSU

Kinderarmut ist immer auch Familienarmut. Um diese zu bekämpfen, sind vor allem die Anstrengungen der einzelnen Länder für mehr Wirtschaftswachstum, einen flexiblen Arbeitsmarkt und ein gutes Ausbildungssystem wichtig. In Deutschland soll insbesondere mit dem Familienstärkungsgesetz Kinderarmut bekämpft werden.

| Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten wollen allen Kindern und Jugendlichen in ganz Europa Chancen ermöglichen. Dabei sehen wir aber vor allem die einzelnen Mitgliedsstaaten in der Pflicht. In Deutschland möchten wir ein „Kinderchancengeld“ einführen, welches alle kindesbezogenen Leistungen wie Kindergeld, Wohngeld oder Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket bündelt. Das Modell fußt dabei auf drei Säulen: Der einkommensunabhängigen Förderung, der Unterstützung für bedürftige Familien und Leistungen für Bildung und Teilhabe.

| Antwort von DIE LINKE

Deutschland tut zu wenig gegen Armut. Das hat auch die EU-Kommission beanstandet. Für eine Abschaffung der Armut in Deutschland ist es notwendig, endlich das Hartz IV-System durch eine Erwerbslosenversicherung und eine individuelle Mindestsicherung ohne Sanktionen in Höhe von derzeit 1.050 Euro netto zu ersetzen. Wir streiten für eine eigenständige Kindergrundsicherung, die jedes Kind, jeden Jugendlichen sicher vor Armut schützt. Jedes Kind ist gleich viel wert. Gegen Armut wirkt auch: mehr sozialer Wohnungsbau, ein soziales Grundkontingent an Energie, Investitionen in einen bes-

| Antwort der SPD

Kinderarmut in Europa ist nicht hinnehmbar! Alle Kinder müssen kostenlosen Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Kinderbetreuung, menschenwürdiger Unterkunft sowie gesunder Ernährung haben. Wir wollen dies mit dem Instrument der „Kindergarantie“ möglich machen und Kinderarmut in Europa beenden. Im Europäischen Parlament konnten wir dafür sorgen, dass hierfür zusätzliche Mittel in Höhe von 5,9 Milliarden Euro beschlossen wurden.

Frage: *Unterstützen Sie die Umsetzung der bereits geplanten Finanztransaktionssteuer?*

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer, die sowohl Aktien und Anleihen als auch Derivate in der EU besteuert. Der sozialdemokratische Bundesfinanzminister Olaf Scholz macht die Finanztransaktionssteuer zum Etikettenschwindel, wenn er Anleihen und besonders Derivate ausnehmen will. Ohne die Besteuerung von Derivaten wird der Schaden von spekulativen Übertreibungen an den Finanzmärkten weiterhin auf die Gesellschaft abgewälzt.

| Antwort der CDU/CSU

Siehe Antwort auf die folgende Frage.

| Antwort von DIE LINKE

Ja. Der Hochfrequenzhandel an der Börse muss ausgebremst werden. Dafür setzen wir uns dafür ein, endlich eine umfassende Finanztransaktionssteuer von 0,1 Prozent einzurichten, die schädliche Spekulation eindämmt, ohne realwirtschaftlichen Investitionen zu schaden.

Gegen die wachsende Ungleichheit braucht es darüber hinaus Steuergerechtigkeit, Kampf gegen Steuer-

flucht und Steuerdumping und eine gerechte Digitalsteuer, die den Internetgiganten ihre Privilegien nimmt.

| Antwort der FDP

Siehe Antwort auf die folgende Frage.

| Antwort der SPD

Seit 2010 steht das Thema Finanztransaktionssteuer in Europa auf der Tagesordnung, insbesondere auf Druck unserer sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament. Es wird daher höchste Zeit, dass bestehende Blockaden überwunden werden und wir diese Gerechtigkeitssteuer endlich durchsetzen. Gemeinsam mit Frankreich hat Deutschland einen neuen Anlauf unternommen. Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer nach dem Vorbild der französischen Finanztransaktionssteuer in der EU einführen. Mit der Besteuerung von Transaktionen auf im Inland emittierte Aktien machen wir den ersten Schritt. Unser Ziel bleibt jedoch eine umfassende Finanztransaktionssteuer. Diese soll alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen und Derivaten sowie alle Devisentransaktionen umfassen.

Frage: *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer für die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Armut sowie für den Schutz von Klima und Umwelt eingesetzt werden?*

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Geld aus der Finanztransaktionssteuer kann nur in nennenswertem Umfang fließen, wenn die große Koalition mit ihrem Vorhaben scheitert, sie nur aus Aktienhandel zu erheben. Wir wollen eine umfassende europäische Finanztransaktionssteuer durchsetzen. Die Einnahmen in den EU-Haushalt fließen und auch die Mitgliedstaaten von EU-Beiträgen entlasten. Daraus soll der EU-Haushalt öffentliche Güter finanzieren, die wir in Europa besser gemeinsam bereitstellen können, wie z.B. den Klimaschutz, den Ausbau erneuerbarer Energien, die soziale Absicherung und weitere. Wir wollen zudem die bestehende europäische Jugendgarantie besser finanzieren und zu einem dauerhaften Instrument ausbauen. Nur so

können Jugendliche künftig besser vor Arbeitslosigkeit geschützt werden. Außerdem stehen wir zu unserem Wort, Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer zur Erhöhung der Ausgaben der EU gegen den Klimawandel und Armut in Entwicklungsländern einzusetzen.

| Antwort der CDU/CSU

Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer im europäischen Kontext mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz einführen. Mit möglichen Einnahmen aus einer solchen Steuer wollen wir verantwortungsvoll umgehen und sie für wichtige Zukunftsaufgaben verwenden.

| Antwort von DIE LINKE

Ja. Allerdings soll diese Aufgabe aus den regulären Steuereinnahmen abgedeckt werden. Die Unternehmen, die die größten Gewinne in der EU machen, zahlen am wenigsten Steuern. Allein in Deutschland fehlen im Jahr Steuereinnahmen aus 55 Milliarden Euro Gewinnen, die in Steueroasen verschoben wurden. Die Bundesregierung verzichtet durch ihr lasches Vorgehen gegen Steueroasen auf knapp ein Drittel (28 Prozent) ihrer Einnahmen aus Unternehmenssteuern – mehr als jedes andere europäische Land.

Neben der Finanztransaktionssteuer setzt sich DIE LINKE für einen EU-weiten Mindeststeuersatz der Unternehmen mit breiten und einheitlichen Bemessungsgrundlagen ein, für gemeinsame Mindeststandards für die Besteuerung großer Vermögen und Spitzeneinkommen, für einen verschärften Kampf gegen Steuerflucht, für eine bessere Unterbindung von Steuertricks, Steuerhinterziehung und Steuerbetrug.

Wir wollen in die Zukunft investieren, d.h. mit einem EU-weit koordinierten Zukunftsprogramm die Investitionen am gesellschaftlichen Bedarf, nicht am Profit ausrichten. Damit setzen wir die Forderungen für ein soziales, ökologisches und friedliches Europa um. Mit öffentlichem Geld müssen öffentliche Investitionen gefördert werden. Das Investitions- und Zukunftsprogramm muss das Öffentliche stärken, Beschäftigung und Sozialstaat ausbauen. Es muss die Daseinsvorsorge im Wesentlichen öffentlich organisieren und in die Hände der Bevölkerung zurückgeben. So stärken wir auch europäische, regionale und kommunale Demokratie in ihren sozialen Grundlagen.

Die Finanzierung des Zukunftsprogramms geschieht durch einen Mix aus bestehenden Förderprogrammen, aus Umwidmung von Geldern, die für Rüstung und PESCO geplant sind, und aus einer höheren Besteuerung von Großkonzernen, großen Vermögen und Spitzeneinkommen in den EU-Staaten.

Unser Investitionsprogramm über mindestens 500 Milliarden Euro im Jahr richtet sich u.a. auf:

- ▶ eine Mobilitätswende, die Bus und Bahn bezahlbar macht und bessere Verbindungen schafft,
- ▶ eine dezentrale, in den Regionen verankerte Energiewende, die sozial und demokratisch ausgestaltet ist.

- ▶ Mitbestimmung der Bürger*innen an den Entscheidungen, wie wir Energie erzeugen. Dabei orientieren wir uns am „Nullemissionsziel“, fördern einen effizienten Umgang mit Ressourcen und stärken regionale Wertschöpfungskreisläufe.
- ▶ keine Haushaltsmittel dürfen für die Rüstungsforschung und Sicherheitsindustrie zur Verfügung gestellt werden. Eine wirksame Jugendförderung und ein gut ausgebauter Bildungsbereich zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit müssen Vorrang haben.

| Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten wollen die bestehenden Einnahmequellen der EU erhalten, also im Wesentlichen Einnahmen aus Eigenmitteln, wie etwa Zöllen, und wirtschaftskraftbezogenen Zuweisungen der Mitgliedstaaten (auf Grundlage des Bruttonationaleinkommens (BNE) der Mitgliedstaaten). Die Zuweisung eigener Steuern an die europäische Ebene oder die Einführung von EU-Steuern lehnen wir hingegen ab. Insbesondere eine Finanztransaktionssteuer halten wir für falsch. Eine solche Steuer würde die Sparinnen und Sparer, die Altersvorsorge sowie die Realwirtschaft belasten.

Nichtsdestotrotz sprechen Sie mit der Jugendarbeitslosigkeit und dem Klima- und Umweltschutz wichtige Themen an, für die die Menschen in Europa Antworten hören wollen.

Zur Jugendarbeitslosigkeit: Wir Freie Demokraten wollen, dass junge Menschen zukunftsfähige Qualifikationen erwerben und danach schnell ihre erste Arbeit finden können. In Zeiten, in denen sich in Europa der Fachkräftemangel einerseits und eine hohe Jugendarbeitslosigkeit andererseits gegenüberstehen, muss Europa funktionierende Austauschmöglichkeiten schaffen, die jungen Menschen und Arbeitgebern offenstehen. Wir wollen deshalb einen gemeinsamen Berufsausbildungsmarkt etablieren. Ein erster Schritt dazu ist, dass nationale Arbeitsagenturen miteinander statt isoliert arbeiten, besonders im Bereich des Berufseinstiegs. Dabei sollen auch die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern eingebunden werden. Ebenso wollen wir eine duale Berufsausbildung etablieren. Wir sind der Ansicht, dass eine gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Ausbildungen, Praktika und Traineezeiten einen relevanten Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit insbesondere in südosteuropäischen Ländern leisten

wird, da dies die tatsächliche Möglichkeit erhöht, eine Arbeitsstelle in anderen EU-Ländern annehmen zu können. Dazu muss die gegenseitige Anerkennung erheblich vereinfacht und beschleunigt sowie die Harmonisierung der Startzeitpunkte von Ausbildungen oder den Zeiträumen der Abschlussprüfungen verbessert werden. Wir wollen darüber hinaus eine Europäische Ausbildungsagentur (EAA) gründen, welche freie Ausbildungsplätze in anderen EU-Mitgliedstaaten vermittelt. Junge Menschen, die auf Vermittlung der EAA im Ausland ein Ausbildungsplatzangebot erhalten haben, dieses aber aufgrund von Sprachbarrieren nicht annehmen können, sollen von ihr außerdem Sprachprogramme vermittelt bekommen.

Zum Klimaschutz: Wir Freie Demokraten bekennen uns klar zum Klimaschutzabkommen von Paris. Für uns ist Klimaschutz eine weltweite und branchenübergreifende Aufgabe. Sektorale und regional isoliert gesetzte Ziele zur Emissionsminderung machen wenig Sinn, damit gepaarte Subventionen und staatliche Verbote und Vorschriften konterkarieren sogar oft die Ziele. Um klimapolitische Ziele zu erreichen, setzen wir auf marktwirtschaftliche Instru-

mente und neue Technologien. Digitalisierung und künstliche Intelligenz werden künftig auch im Umwelt- und Energiebereich völlig neue Möglichkeiten eröffnen. Mit einem marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen, wie dem Emissionshandel, entstehen neue Impulse für Innovation und neue Geschäftsmodelle. Der Emissionshandel darf nicht nur auf Europa beschränkt bleiben, sondern wir brauchen einen schnellen Einstieg in ein weltweites Emissionshandelssystem. Zudem wollen wir den Emissionshandel auf weitere Sektoren ausdehnen.

| Antwort der SPD

Steuern sind ihrem Wesen nach Abgaben, die alle zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs zu zahlen sind. Wir wollen der EU mit dieser Steuer eigene Einnahmen ermöglichen. Dieses Geld soll auch für die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Armut sowie für den Schutz von Klima und Umwelt eingesetzt werden.

Daseinsvorsorge und soziale Dienstleistungen stärken

Soziale Dienstleistungen spielen europaweit eine bedeutende Rolle. Sie erhöhen die Lebensqualität, ermöglichen soziale Mobilität und tragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Beschäftigungspolitisch hat der Sozialsektor das Potenzial, Arbeits-

plätze sowie ein nachhaltiges, inklusives und weitgehend konjunkturunabhängiges Wachstum zu schaffen. Zudem können Mitgliedsstaaten mit tragfähigen Strukturen der sozialen Dienste Krisen besser bewältigen als andere.

Frage: *Ist Ihre Fraktion für die Erhaltung des Schutzes der gemeinwohlorientierten Erbringung sozialer Dienstleistungen im Steuersystem und in der Handelspolitik und dafür dass im Beihilferecht Ausnahmen der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse geschaffen werden?*

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Wir wollen eindeutige Schutzklauseln gegen neue, zusätzliche Risiken, die soziale Dienstleistungen, die Wasserversorgung oder den Bildungsbereich bedrohen können. Das größte Risiko geht von möglichen Investor*innen aus, die aufgrund von Gewinnerwartungen gegen soziale, gesundheits- oder umweltschützende Standards klagen. Es ist unser Ziel, dass die Europäische Union klare und umfassende Ausnahmen für die kommunale Daseinsvorsorge und für öffentliche und soziale Dienstleistungen schafft.

| Antwort der CDU/CSU

Bisher sind keine Änderungen geplant. Erst kürzlich wurde die sog. De-Minimis-Verordnung zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse von der EU-Kommission verlängert. Bei künftigen Diskussionen über steuer-, handels- oder beihilferechtlichen Fragen werden wir selbstverständlich die Besonderheiten der sozialen Dienstleistungen beachten.

| Antwort von DIE LINKE

Wir wollen den Vorrang öffentlicher und genossenschaftlicher Eigentumsformen in der Daseinsvorsorge durchsetzen. Dienstleistungen sind für den Bedarf der Menschen da, nicht, damit Unternehmen Profite machen.

DIE LINKE tritt gegen Privatisierungen im Bildungsbereich ein. Public Private Partnerships in Schulen und Hochschulen öffnen Profitinteressen Tür und Tor und gefährden demokratische Mitbestimmung in den Bildungseinrichtungen. Die Dienstleistungsrichtlinie der EU hat den Privatisierungsdruck auf die sogenannten Bildungsdienstleistungen erhöht, wir haben sie deshalb abgelehnt. Bildung ist ein öffentliches Gut und muss in öffentlicher Verantwortung gestaltet und solidarisch finanziert werden.

Die Europäische Dienstleistungsrichtlinie darf im Bereich von Gesundheit und Pflege keine Anwendung finden. Wir wollen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zurück in die öffentliche Hand von Ländern und Kommunen bringen.

Frage: Sind Sie für eine Marktöffnung z. B. im Rahmen von EU-Freihandelsabkommen bei Gesundheits- und Sozialdienstleistungen?

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Nein, wir sind grundsätzlich gegen eine Marktöffnung der öffentlichen Daseinsvorsorge in sämtlichen Handelsvereinbarungen, die die EU abschließt. Dies schließt Gesundheits- und Sozialdienstleistungen ein. Handelsabkommen dürfen keine Treiber von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung werden. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss umfassend geschützt werden. Wo sich Privatisierungen als Holzweg erwiesen haben, wollen wir diese rückgängig machen können. Kommunen dürfen in ihrer Handlungsfreiheit nicht beschränkt werden.

| Antwort der CDU/CSU

Nach den Verträgen sind die Mitgliedstaaten für ihre Sozialsysteme selbst verantwortlich. Diese Kompetenzen sind durch die EU auch in Verhandlungen von Freihandelsabkommen zu wahren.

| Antwort der FDP

Im bisherigen Steuersystem sind zum Beispiel die Förderung der Jugend- und Altenhilfe, des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege ebenso wie die Förderung des Wohlfahrtswesens steuerlich anerkannte gemeinnützige Zwecke. Dies soll nach unserer Meinung auch nicht geändert werden. Obgleich das Gemeinnützigkeitsrecht in Teilen einer Überprüfung bedarf. Die Daseinsvorsorge wird in allen bilateralen Handelsabkommen der Europäischen Union berücksichtigt.

| Antwort der SPD

Faire Spielregeln für weltweiten Handel schaffen und diese durchsetzen muss auch in der Zukunft Priorität für die Handelspolitik der EU sein. Unser sozialdemokratisches Grundverständnis ist, dass die öffentliche Daseinsvorsorge durch internationale Handelsabkommen nicht ausgehöhlt werden darf. Rekommunalisierungen dürfen nicht durch das Handelsrecht verhindert werden. Der Schutz der Daseinsvorsorge, des Rechts zu Regulieren und des Vorsorgeprinzips sind unverhandelbare Bedingungen, die jedes Handelsabkommen für uns erfüllen muss.

| Antwort von DIE LINKE

Wir lehnen „Freihandelsabkommen“ strikt ab. Sie sind demokratiefeindlich und schränken Entwicklungsmöglichkeiten schwächerer Länder ein und setzen sie unter Druck. Wir bekämpfen Handels- und Investitionsabkommen, solange sie mit Verschlechterungen für die Verbraucher*innen und für den Umwelt- und Klimaschutz verbunden sind sowie in der öffentlichen Daseinsvorsorge verbunden sind. Wir treten für einen gerechten Welthandel mit hohen ökologischen und sozialen Standards ein.

| Antwort der FDP

Dienstleistungen sind immer Bestandteil von bilateralen Handelsabkommen. Das neue umfassende Handelsabkommen mit Japan (JEFTA) wird zu erheblichen Wohlstandsgewinnen in Japan und der Europäischen Union führen. Wir befürworten auch Anbieter aus Japan im Gesundheits- und Sozialsektor

in Deutschland und Europa. Offene Märkte fördern sowohl den wirtschaftlichen, aber auch den gesellschaftlichen Austausch zwischen den Völkern, was wir als Liberale fördern möchten.

| Antwort der SPD

Die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Bildung, Gesundheit, öffentlicher Personennahverkehr, Pflege, öffentliche Infrastruktur (auch digitale Infrastruktur, Wasserversorgung und Wasserentsorgung) kann nicht dem Markt überlassen werden. Zudem lehnen wir die Liberalisierung weiterer Dienstleistungsmärkte und das damit verbundene Absenken von Beschäftigtenschutz- und Qualitätsstandards ab.

Frage: *Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass das in Deutschland etablierte und gut funktionierende Sozialrechtliche Dreiecksverhältnis beibehalten und geschützt wird?*

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Das sozialrechtliche Dreiecksverhältnis ist für uns ein wichtiger Baustein zur Sicherung der sozialen Infrastruktur. Es garantiert, dass jeder Mensch die Unterstützung bekommt, die er braucht, ohne über Fragen der Abrechnung nachdenken oder Vergütungen aushandeln zu müssen. Gerade in Notsituationen ist das wichtig. Deshalb werden wir Bestrebungen, das sozialrechtliche Dreiecksverhältnis abzuschaffen oder auszuhöhlen, entschieden entgegen treten. Für einen Teil der Bezieher*innen von Teilhabeleistungen ist das persönliche Budget eine passende Variante des Dreiecksverhältnisses.

| Antwort von DIE LINKE

Ja. Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten sind unterschiedlich. Einheitlich muss sein: das Recht auf ein Leben frei von Armut. Soziale Rechte müssen von jedem Menschen in der EU individuell einklagbar sein.

| Antwort der FDP

Wir als Freie Demokraten unterstützen das sozialrechtliche Dreiecksverhältnis. Dieses leistet dem Subsidiaritätsprinzip Folge und ermöglicht einen Wettbewerb, was wir ausdrücklich begrüßen.

| Antwort der CDU/CSU

Der Begriff „sozialrechtliches Dreiecksverhältnis“ beschreibt das Verhältnis von hilfeberechtigtem Leistungserbringer und zuständigem öffentlichen Leistungs- und Kostenträger. Wir wollen dies beibehalten und uns dafür einsetzen, dass es geschützt bleibt.

| Antwort der SPD

Das sozialrechtliche Dreiecksverhältnis setzt einen ordnungspolitischen Rahmen für das Handeln sozialer Dienstleistungen im Markt, der sowohl für hilfesuchende Menschen als auch für die Hilfe leistenden Dienste und Einrichtungen notwendig ist. Für unsere Fraktion ist es insbesondere wichtig, größtmögliche Selbstbestimmung und Teilhabe für hilfesuchende Menschen zu garantieren, was durch das sozialrechtliche Dreiecksverhältnis als gute Rahmenbedingung garantiert wird und deshalb in jedem Fall geschützt werden muss.

Den Ausgleich zwischen den Regionen fördern

Die Europäische Integration scheitert, wenn es nicht gelingt, eine soziale Aufwärtskonvergenz in den strukturschwächeren und ärmeren Staaten und Regionen zu initiieren. Die Kohäsionspolitik leistet einen wichtigen Beitrag, Europa zu den Bürger*innen zu bringen und trägt zu einer europaweiten Konver-

genz nach oben bei. Vor diesem Hintergrund fordert die AWO die Parteien dazu auf, sich für einen solidarischen, kontinuierlichen, strukturellen sowie finanziellen Ausgleich zwischen stark und schwach entwickelten Regionen einzusetzen.

Frage: *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU-Kohäsionspolitik, insbesondere der künftige Europäische Sozialfonds (ESF+) auch weiterhin mit den finanziellen Mitteln ausgestattet sein wird, wie es derzeit der Fall ist?*

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Ja. Wir betrachten den ESF+ als das zentrale Finanzierungsinstrument, um die Europäische Union sozialer zu gestalten. Daher setzen wir uns in den laufenden Verhandlungen dafür ein, dass es keine finanziellen Einschnitte geben wird.

| Antwort der CDU/CSU

Wir unterstützen die Kohäsionspolitik der EU, die durch EU-Förderprogramme den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der EU festigen soll. Wir wissen um die Bedeutung des Europäischen Sozialfonds in der Mittelbereitstellung sozialer Projekte. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass er mit den finanziellen Mitteln ausgestattet wird, die es ihm ermöglichen, seinen Aufgaben gerecht zu werden. Die Strukturfonds sollen vor allem dafür eingesetzt werden, zielgenauer Reformprozesse, Innovationen und die Wirtschaftskraft zu unterstützen.

| Antwort von DIE LINKE

Der Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) 2021-2027 ist aus unserer Sicht zu gering angesetzt, er ist im Vergleich zu seinem Vorgänger und zugunsten der Militärausgaben verkleinert, was ein Skandal ist. Gewerkschaften und Projektträger aus der freien Wohlfahrtspflege sollten zukünftig besser in die Ausgestaltung, Durchführung, Bewertung der ESF+-Programme einbezogen werden.

| Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine grundlegende Reform der EU-Kohäsionspolitik zugunsten der Regionalförderung durch den EFRE ein. Die Mittel für die Struktur- und Kohäsionsfonds sind zielgerichteter einzusetzen und gegebenenfalls zu senken. Für den ESF+ bedeutet das, dass die vorhandenen Mittel umso effizienter eingesetzt werden müssen, um beispielsweise den technologischen Wandel zu unterstützen.

| Antwort der SPD

Ja. Die SPD setzt sich für einen EU-Haushalt ein, der den Erwartungen und Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürgern an die Europäische Union entspricht. Dazu gehört auch eine finanziell gut ausgestattete Kohäsionspolitik. Sie ist in vielen Regionen Europas – auch in Deutschland – das wichtigste öffentliche Investitionsprogramm, das wir haben. Sie wird nicht weniger wichtig, nur weil wir etwa mehr im gemeinsamen Grenzmanagement oder der Rüstungspolitik tun wollen. Deswegen halten wir die ideologisch gefärbte Debatte über die Größe des EU-Haushalts und angebliche Nettobilanzen für nicht zielführend.

Eine Europäische Union, in der die Einkommensverhältnisse so radikal auseinandergehen, wie heute noch zwischen Luxemburg und Bulgarien, kann auf Dauer nicht stabil sein. Wir wollen, dass die ärmsten Mitgliedstaaten aufschließen, denn die Steigerung des Wohlstands für Alle ist ein zentrales Versprechen der EU. Dies ist auch im deutschen Interesse. Denn unsere Wirtschaft profitiert wie keine andere vom europäischen Binnenmarkt und dem Absatz im EU-Ausland.

Genauso klar ist, dass es eine europäische Aufgabe sein muss, den Zusammenhalt innerhalb der Mitgliedstaaten zu stärken. Wir wollen das soziale Europa. Ganz konkret setzen wir uns deswegen ein für mehr Geld für die Jugendbeschäftigungsgarantie,

für eine neue Kindergarantie, mit der allen Kindern der Zugang zu Bildung, eine gute Gesundheitsversorgung und den Zugang zu guten Nahrungsmitteln ermöglicht werden soll, und die gut ausgestattete Fortsetzung des ESF+.

Frage: *Setzt sich Ihre Fraktion für eine inklusive Gestaltung der EU-Förderprogramme ein, die benachteiligte Gruppen mehr in den Fokus rückt?*

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Ja. Im Rahmen der parlamentarischen Verhandlungen über den ESF+ haben wir uns beispielsweise für das neue spezifische Ziel der Bekämpfung von Diskriminierung und die Förderung der sozioökonomischen Integration von marginalisierten Gruppen sowie für die Schaffung einer neuen Zweckbindung von Mitteln für die Inklusion von marginalisierten Gruppen eingesetzt.

| Antwort der CDU/CSU

Wir wollen sicherstellen, dass auch benachteiligte Gruppen in den EU-Förderprogrammen in angemessenem Umfang berücksichtigt werden.

| Antwort von DIE LINKE

Alle Programme müssen stärker für Interessent*innen mit Behinderungen und andere benachteiligte Gruppen ausgelegt werden.

So wollen wir beispielsweise, dass die Programme zur Verbesserung der Lage der Roma auf Dauer gestellt und finanziell abgesichert werden sollen. Die gezielte Förderung benachteiligter Roma nach dem Prinzip „explizit, aber nicht exklusiv“ soll in allen Mitgliedsländern als Förderansatz verbindlich und verpflichtend erklärt werden.

Frage: *Sind Sie für eine Vereinfachung der Abwicklung von Förderprogrammen insbesondere beim Abrufen der Mittel?*

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Ja. Europäische Fördermittel bieten für Kommunen wie auch für Nichtregierungsorganisationen eine Chance, zusätzliche, innovative Projekte zu entwickeln. Da die Beantragung der Mittel jedoch oft zu kompliziert ist, werden manche Antragsteller*innen

| Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten fordern den europaweiten Ausbau der Förderprogramme inklusiver Begegnungen. Dies setzt eine bessere Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen beim Zugang zu und bei der Abrechnung von EU-Fördermitteln voraus.

| Antwort der SPD

Ja. Mit einem europäischen Masterplan Inklusion wollen wir die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft verbessern. Dafür brauchen wir ein einheitliches europäisches Behindertenrecht im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention. Wir verhandeln im Europäischen Parlament gerade die Dachverordnung, welche die EU-Fördermittel von 2021 bis 2027 regelt. Unsere Fraktion hat einen ganz neuen Artikel in diese Dachverordnung eingebracht, der konkrete Schritte zur Verhinderung jeglicher Art von Diskriminierung fordert, Geschlechtergleichstellung sicherstellt, Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung unterstützt und sich den UN Zielen für Nachhaltige Entwicklung verpflichtet.

abgeschreckt und gute Projekte nicht verwirklicht. Wir wollen daher den Verwaltungsaufwand der EU-Förderprogramme, insbesondere für Kleinprojekte, erheblich reduzieren.

| Antwort der CDU/CSU

CDU und CSU stehen immer für eine Entbürokratisierung ein. Je einfacher und unbürokratischer Programme gestaltet sind, desto effizienter können ihre Mittel wirken. Um Fehlnutzungen zu verhindern, legen wir auf nachvollziehbare und überprüfbare Mittelverwendung wert.

| Antwort von DIE LINKE

DIE LINKE fordert die öffentliche und transparente Kontrolle der EU-Fördermittel. EU-Fördermittel dürfen nicht auf der Grundlage neoliberaler Marktstrategien vergeben werden. DIE LINKE will die EU-Regionalpolitik in den EU-Mitgliedstaaten entbürokratisieren. Mit unserem EU-Fördermittel-Portal www.eu-foerdermittel.eu bieten wir bereits einen guten Einstieg, der kleinen Unternehmen und gemeinnützigen Projekten eine erste Orientierung eröffnet.

| Antwort der FDP

Die Vereinfachung der Beantragung und Abwicklung von Fördermitteln ist für uns von großer Bedeutung. Die Erfahrungen aus der Umsetzung beispielsweise des Programms zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit zeigen, dass Antrag und Abruf der Mittel mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden ist. Aus unserer Sicht sollten die Mittel unkomplizierter abgerufen werden können und die entsprechenden Dokumentationspflichten überarbeitet werden.

| Antwort der SPD

Ja. In der Dachverordnung für die zukünftige Gestaltung der Programme für die EU-Fördermittel von 2021 bis 2027 setzt sich unsere Fraktion für weitgehende Vereinfachungen und Bürokratieabbau für die EU-Fonds ein. Durch Kostenpauschalen, die Abschaffung doppelter Rechnungskontrolle und vereinfachte Antragsstellung wird Bürokratie abgebaut. Dass zum Beispiel dieselben Projekte, mehrmals von verschiedenen Behörden kontrolliert werden, ist unnötig und führt zu vermeidbarem Verwaltungsaufwand bei den Projektträgerinnen und Projektträgern. Deshalb möchten wir diese bürokratische Praxis auch zum Wohle der Regionalen Wirtschaft ändern.

Frage: Ist Ihre Fraktion dafür, die Europäische Säule Sozialer Rechte auch in der Gestaltung der Förderprogramme zu berücksichtigen?

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Ja. Die Europäische Säule Sozialer Rechte muss bei der Ausgestaltung der Förderprogramme stets mitgedacht werden.

| Antwort der CDU/CSU

Wir bekennen uns zu Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, fairen Arbeitsbedingungen sowie Sozialschutz und sozialer Inklusion. Im Sinne der sozialen Sicherheit gilt: Unser Europa lässt niemanden zurück. Dies soll sich auch in den Förderprogrammen widerspiegeln. Gleichwohl bleiben die Mitgliedstaaten für die sozialen Sicherungssysteme selbst verantwortlich.

| Antwort von DIE LINKE

Ja. Die „Krisenbewältigung“ der EU hat mit den Auflagen und „Reformen“ Millionen Menschen in die Krise gestürzt. Was als „Strukturanpassung“ bezeichnet wird, sind Kürzungsprogramme und bedeutet für die Menschen zunehmende Verarmung und Ausgrenzung zugunsten der Profite der Unternehmen. Eine Stärkung der europäischen Säule sozialer Rechte bedeutet dagegen Zugang zum Arbeitsmarkt, faire Arbeitsbedingungen und nachhaltigen Sozialschutz.

| Antwort der FDP

Für uns Freie Demokraten ist es entscheidend, dass die Mitgliedsstaaten für die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte verantwortlich sind. Die Förderprogramme, insbesondere die Mittel des ESF,

wollen wir verstärkt auf die Bekämpfung der Ursachen von Arbeitslosigkeit einsetzen.

| Antwort der SPD

Ja. Die Europäische Soziale Rechte ist eine wichtige Errungenschaft, die das soziale Profil der Europäischen Union gestärkt hat. Klar ist, dass den Absichtsbekundungen Taten folgen müssen. Das gilt in den einzelnen Mitgliedstaaten, aber natürlich auch für den europäischen Haushalt.

Für uns bedeutet das, die Sozialprogramme der EU finanziell zu stärken und nicht noch zu kürzen. Jugendarbeitslosigkeit und Kinderarmut sind europäische Probleme, zu deren Bekämpfung der EU-Haushalt einen Beitrag leisten muss. Deswegen wollen wir gezielt diese Programme stärken. Auch der Europäische Sozialfonds ist dank seiner subsidiären und etablierten Struktur ein erfolgreiches Programm,

den wir weiterhin mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstatten wollen.

Wir glauben aber auch, dass man die soziale Frage in allen Politikbereichen mitdenken muss. Das gilt für die Kohäsionspolitik genauso wie für die Weiterentwicklung der Eurozone, die Gemeinsame Landwirtschaftspolitik oder die Investitionspolitik. Unser Maßstab hier sind die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Den darin festgeschriebenen Zielen wie etwa die Reduzierung von Armut und Ungleichheit, Gesundheit, gute Bildung, gute Arbeit und insbesondere auch die Gleichberechtigung der Geschlechter müssen alle EU-Programme dienen. Nur Programme, die zu diesen gesellschaftlichen Herausforderungen einen Beitrag leisten, schaffen aus unserer Sicht einen europäischen Mehrwert.

Die Europäische Flüchtlingspolitik neu gestalten

Die Interessen und Bedürfnisse der Geflüchteten und die Situation in den EU-Aufnahmeländern müssen stärkere Berücksichtigung finden. Die geltenden völkerrechtlichen, menschenrechtlichen und europarechtlichen Standards müssen erhalten bleiben. Dies gilt auch für die Rettung auf hoher See. Die AWO

fordert von den Parteien, darauf hin zu wirken, dass die Mitgliedsstaaten ein solidarisches und nachhaltiges gemeinsames Europäisches Asylsystem installieren, welches dann von allen Mitgliedsstaaten konsequent, aber im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten umgesetzt wird.

Frage: Sind Sie dafür, dass im Rahmen der Europäischen Förderprogramme und vor allem im Rahmen des neuen Asyl- und Migrationsfonds (AMF) verstärkt Integrationsmaßnahmen gefördert werden?

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Ja, unbedingt. Dafür haben wir uns bei den Verhandlungen zu den EU-Förderprogrammen im Europäischen Parlament auch erfolgreich eingesetzt. Wir haben erreicht, dass das Europaparlament Integration als eigene Förderlinie im Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds will. Kommunen, die ja einen Großteil der Integrationsmaßnahmen tragen, sollen dafür auch gezielt EU-Mittel bekommen.

samer Rückkehrstrategien als Beitrag zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung genutzt werden.

| Antwort von DIE LINKE

Ja. Die Kommunen dürfen mit den Kosten von Flucht und Integration nicht allein gelassen werden. Wir wollen einen „Europäischen Fonds für Willkommenskommunen“, der Geflüchteten Bewegungsfreiheit sichert und zugleich aufnahmebereiten Kommunen und solidarischen Städten direkt hilft. Kommunen, die die Bedingungen für Willkommenskultur verbessern wollen, können damit Mittel für die Versorgung und Integration von Geflüchteten beantragen. Wenn sich Geflüchtete in einer Kommune niederlassen, kann die Gemeinde andererseits auf

| Antwort der CDU/CSU

Die Mittel aus dem AMIF sollten gleichermaßen zur Stärkung und Reform des GEAS, zur Förderung der tatsächlichen Integration sowie zur Förderung wirk-

der Grundlage der Neumeldungen noch Investitionsmittel aus einem Fond beantragen. Diese Investitionsmittel können dann allgemein für die öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden. Es braucht Investitionen in Integration statt in Aufrüstung, Ausgrenzung und Abschottung!

| Antwort der FDP

Die inzwischen im Asyl- und Migrationsfonds (AMF) zusammengefassten europäischen Programme leisten einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen, die von den Staaten der Europäischen Union durch die illegale Migration der vergangenen Jahre zu bewältigen sind. Dabei ist absehbar, dass in den nächsten Jahren – sofern keine weiteren größeren Migrationsbewegungen eintreten – sich der Fokus vor allem auf die Aufgabe der Integration jener Menschen richten muss, die auf längere Zeit und vielleicht auf Dauer in Europa bleiben werden. Diese Entwicklung müssen dann auch die europäischen Programme nachvollziehen.

Frage: Sind Sie dafür, dass die EU nur dann Drittstaaten-Regelungen treffen darf, wenn in dem jeweiligen Drittstaat die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) ratifiziert wurde und alle Teile des Staates als sicher gelten?

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Ja. Europäische Außenlager in Nordafrika lehnen wir ebenso ab wie Abschottungsabkommen, mit denen Schutzsuchende in Drittstaaten zurückgeschickt werden. Solche Abkommen mit Ländern, die sich nicht an die Genfer Flüchtlingskonvention halten, treten Menschenrechte und internationales Recht mit Füßen, schaffen zusätzliches Leid und stärken autokratische Regime.

| Antwort der CDU/CSU

Die Einhaltung der GFK und eines adäquaten Menschenrechtsschutzes müssen sicher-gestellt sein. Entscheidend ist, ob es im Drittstaat eine tatsächliche Fluchtalternative gibt. Für eine kohärente europäische Flüchtlingspolitik ist eine europäische Bestimmung sicherer Drittstaaten wünschenswert.

| Antwort von DIE LINKE

Ja. Darüber hinaus wollen wir das Asylrecht wiederherstellen und durchsetzen. Dazu wollen wir in der EU einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau;

| Antwort der SPD

Europäische Förderprogramme sollten Integrationsmaßnahmen unterstützen, speziell auch der neue Asyl- und Migrationsfonds. Damit dies auch im Titel des neuen Fonds deutlich wird, fordern wir unter anderem, dass dort das Wort „Integration“ eingefügt wird, und der Fonds dann Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) heißt. Zur Unterstützung der Integrationsarbeit, welche von zahlreichen europäischen Kommunen geleistet wird, fordern wir die Einführung eines europäischen Integrations- und kommunalen

Entwicklungsfonds. Städte und Kommunen, die sich bereit erklären Geflüchtete aufzunehmen, sollen bei den Integrationskosten und zusätzlich in gleicher Höhe bei kommunalen Entwicklungskosten finanziell unterstützt werden. In Multi-Stakeholder Beiräten sollen die Bürgerinnen und Bürger dabei über die Aufnahme von Flüchtlingen mitbestimmen.

die Abschiebung der Verantwortung auf andere Staaten mithilfe von Drittstaaten- oder Herkunfts-länderregelungen wollen wir beenden. Auch das Dublin-System muss ein Ende haben. Alle Schutzsuchenden sollen sich selbst entscheiden können, in welchem Land sie Asyl beantragen wollen. Der Negativ-Wettbewerb durch abgesenkte Standards bei Unterbringung, Versorgung und Rechten muss abgeschafft werden. Die Kosten sollen zwischen den Mitgliedsstaaten gerecht geteilt werden.

| Antwort der FDP

Wir setzen uns dafür ein, dass auch bei der Bestimmung von Sicheren Herkunftsstaaten auf europäischer Ebene die hohen Standards angewendet werden, die sich aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ergeben. Die Unterzeichnung internationaler Vereinbarungen wie der GFK ist dabei ein Anhaltspunkt aber nicht ein ausschließliches Kriterium. Entscheidend ist vielmehr die Gesamtwürdigung der tatsächlichen Lage in dem jeweiligen Herkunftsstaat, etwa im Hinblick auf die Rechtslage und -anwendung sowie die allgemeinen politischen Verhältnisse.

| Antwort der SPD

Für die SPD gilt die Regelung des Art. 16 a Grundgesetz. Sichere Drittstaaten können demnach nur Länder sein in denen „die Anwendung des Abkommens

über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt“ sind.

Frage: Sind Sie für die Schaffung eines europäischen Resettlement Rahmens?

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Ja, das ist eine unserer zentralen Forderungen für eine bessere europäische Flüchtlingspolitik. Wir wollen legale und sichere Fluchtwegen schaffen, damit sich Flüchtlinge nicht mehr in die Hände von skrupellosen Schleppern begeben und lebensgefährliche Fluchtwege auf sich nehmen müssen. Deshalb fordern wir großzügige Aufnahmekontingente für Flüchtlinge über das Resettlement-Programm der Vereinten Nationen. Wir wollen, dass EU-Länder ihren Anteil an dem jährlich von den Vereinten Nationen ermittelten Resettlement-Bedarf entsprechend ihrer Wirtschaftskraft erfüllen. Gleichzeitig darf Resettlement nicht zu einem Instrument der Abschottung werden. Wir lehnen es ab, dass die Flüchtlingsaufnahme in der EU daran geknüpft wird, dass Länder Fluchtwege nach Europa abschneiden.

| Antwort der CDU/CSU

Wir wollen, dass die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, dauerhaft niedrig bleibt. Das macht es möglich, dass wir unseren humanitären Verpflichtungen nachkommen. Wir stehen zu den EU-Vereinbarungen im Rahmen des „Resettlement“ – diese sind in der jährlichen Gesamtzahl der Aufnahmen aus humanitären Gründen in Deutschland miteinberechnet.

| Antwort von DIE LINKE

Niemand flieht freiwillig! Wir fordern die Ausweitung verbindlicher Flüchtlingsrechte auf Armuts-, Umwelt- und Klimaflüchtlinge und eine entsprechende humanitäre Visa-Vergabe. Es braucht umfassende Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des UNHCR.

| Antwort der FDP

Neben der Fortführung der bestehenden Resettlement-Programmen wollen wir mehr legale Wege der Migration für Schutzsuchende schaffen. Im Rahmen eines europäischen Gesamtkonzeptes wollen wir daher die Zusammenarbeit mit den europäischen Anrainerstaaten intensivieren, dort in vorgelagerten Anerkennungszentren Asylanträge prüfen und eine Verteilung von anerkannten Antragstellern und im Rahmen eines europäischen Resettlement innerhalb der EU verteilen.

| Antwort der SPD

Wir wollen die Ausweitung des EU-Resettlement-Programms und die verbindliche Umsetzung der Kontingentziele in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR). Die kontrollierte Aufnahme von Flüchtlingen in den europäischen Staaten verbessert die Lebensumstände aller Schutzsuchenden in den Flüchtlingslagern des UNHCR. Migrationspartnerschaften, bei denen Staaten außerhalb der EU nur dafür bezahlt werden, Migrantinnen und Migranten an der Durchreise zu hindern, lehnen wir ab.

Frage: Setzt sich Ihre Fraktion für das Recht auf Familienzusammenführung im Rahmen des Dublin-Verfahrens ein?

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Ja, das Recht auf Familienzusammenführung ist für uns zentral. Bei Verfahren im Rahmen der Dublin-Verordnung müssen Asylsuchende so schnell wie möglich mit ihren Eltern, Kindern oder Ehegatten, die bereits in einem EU-Land leben, zusammengeführt werden. Die Familienzusammenführung darf nicht durch bilaterale Abkommen verzögert oder bürokratisch ausgebremst werden. Der Schutz von Familien und von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen wie Minderjährigen hat für uns Vorrang.

| Antwort der CDU/CSU

Die Reform des GEAS und die Weiterentwicklung der Dublin-Verordnung müssen insgesamt zu weniger Zuwanderung führen. Die ohnehin schon asymmetrische Lastenteilung in der EU darf nicht weiter verschärft werden. An der engen Begrenzung der Zahl der nachziehenden Familienangehörigen halten wir fest.

| Antwort von DIE LINKE

Ja. Wir fordern ein verbindliches Recht auf Familiennachzug – auch für „subsidiär“ Schutzberechtigte und schon während des Asylverfahrens. Das Nachzugsrecht für Flüchtlinge muss effektiv umgesetzt werden. Es braucht eine Ausweitung der Familiendefinition auf in den Herkunftsländern nicht anerkannten gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und auf Verwandte zweiten Grades; insbesondere für unbegleitete Minderjährige. Es

braucht umfassende Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des UNHCR.

| Antwort der FDP

Als Rechtsstaatspartei stehen wir natürlich zu den Verpflichtungen, die für die Bundesrepublik Deutschland aus internationalen Vereinbarungen und dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) erwachsen. Dazu gehört selbstverständlich auch das Recht auf eine Familienzusammenführung nach den Regeln der Dublin-Verordnung. Eine Ausweitung des Familienbegriffs, wie sie im Zuge der Verhandlungen über die GEAS-Reform diskutiert wurde, lehnen wir allerdings ab, da diese dazu führen, dass innerhalb der Europäischen Union besonders diejenigen Staaten stärker belastet werden, die in den vergangenen Jahren die meisten Migranten aufgenommen haben.

| Antwort der SPD

Schon heute gehen in der Dublin-Verordnung die Kriterien der Familieneinheit (Art. 8–11) in der Rangfolge dem Ersteinreiseprinzip (Art. 13) explizit vor. Die SPD wird sich auch künftig für das Recht der Familienzusammenführung im Rahmen des Dublin-Verfahrens einsetzen. Damit wollen wir es Asylbewerberinnen und Asylbewerbern ermöglichen, ihren Antrag in dem EU-Mitgliedstaat zu stellen, in dem sie bereits familiäre Verbindungen haben. Generell unterstützen wir auch den Familiennachzug für Angehörige, die sich noch nicht auf EU-Gebiet befinden.

Frage: Hat Ihre Fraktion eine Positionierung zur Schutzgewährung von Klimaflüchtlingen?

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Ja. Historisch betrachtet, sind die westlichen Industriestaaten die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase. Daher soll die EU zusammen mit anderen Industriestaaten vorgehen und im Rahmen einer gemeinsamen Regelung den Bewohner*innen von bedrohten Inselstaaten, die durch die Klimakrise unbewohnbar werden, Klimapässe anbieten.

| Antwort der CDU/CSU

CDU und CSU setzen auf internationale Lösungen. Bisher gibt es keinen internationalen Konsens, den Flüchtlingsbegriff mit dem Klimawandel zu verbinden, weil Fluchtbewegungen nicht monokausal und deren Ursachen häufig komplexer Natur sind. Wir legen das Hauptaugenmerk auf wirksame Maßnahmen der Fluchtursachenbekämpfung. Die Bekämpfung des Klimawandels ist ein wichtiger Faktor unserer Entwicklungspolitik.

| Antwort von DIE LINKE

(siehe Frage: *Sind Sie für die Schaffung eines europäischen Resettlement Rahmens?*)

Wir erkennen die Schuld der Industrieländer für die Wetterphänomene in den armen Ländern. Daher muss die Flucht vor den Folgen des Klimawandels völkerrechtlich als Asylgrund anerkannt werden. Wir fordern die Ausweitung verbindlicher Flüchtlingsrechte auf Armuts-, Umwelt- und Klimaflüchtlinge und eine entsprechende humanitäre Visa-Vergabe.

| Antwort der FDP

Wir wollen vor allem die Staaten, die von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, in die Lage versetzen, die Anpassung zu bewältigen. Darum setzen wir uns dafür ein, dass die internationalen Zusagen für den „Anpassungsfonds“ eingehalten werden und

ein entsprechender Schwerpunkt auch in der Entwicklungszusammenarbeit gesetzt wird. Die Finanzierung soll insbesondere auch durch die Einnahmen aus dem Emissionshandel erfolgen, den wir in Europa und weltweit deutlich ausweiten wollen.

| Antwort der SPD

Der Klimawandel wird für viele Menschen zur Fluchtursache. Es gilt daher den rechtlichen Status von Menschen, die ihre Heimat aufgrund klimatischer Veränderungen verlassen haben, auf internationaler Ebene zu klären und dabei auch die Komplexität der Fluchtursachen zu berücksichtigen. Entscheidend ist aber, dass die Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpft werden. Nicht zuletzt deshalb sind eine ambitionierte Umweltpolitik sowie faire Handelspolitik höchst an der Zeit.

Ein Europa der Chancengleichheit und der Gleichberechtigung

In der EU leben 80 Millionen Menschen mit einer Behinderung. Diese Zielgruppe wird durch zahlreiche Barrieren an der vollen, gleichberechtigten und wirksamen Teilhabe an der Gesellschaft gehindert. Durch die Ratifikation der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) hat sich die Europäische Union dem Ziel der gleichberechtigten, selbstbestimmten und wirksamen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verpflichtet. Die AWO setzt sich für eine volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe von

Menschen mit Behinderung ein. Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe ist eine umfassend barriere- und diskriminierungsfreie, zugängliche Umwelt. Durch diese erhalten Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit, ihre bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen,

sozialen und kulturellen Rechte wirksam und gleichberechtigt wahrzunehmen.

Frage: *Sind Sie für die EU-weite Einführung eines Diskriminierungsschutzes von Menschen mit Behinderungen für sämtliche Lebensbereiche?*

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Ja. Nach der enttäuschenden Einigung beim Europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit, die weit hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben ist, werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass auch private Anbieter von Waren und Dienstleistungen zum Abbau von Barrieren verpflichtet werden. Oberstes Ziel muss die Schaffung eines barrierefreien öffentlichen Raums sein, in dem Gebäude, Medien, Produkte, Dienstleistungen und Veranstaltungen für alle zugänglich und nutzbar sind. Hierzu ist es unumgänglich, auch für die Privatwirtschaft verbindliche Vorgaben für die Barrierefreiheit zu formulieren.

| Antwort der CDU/CSU

Mit dem Bundesteilhabegesetz haben wir einen wichtigen Schritt zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention getan. Seine Umsetzung werden wir in den kommenden Jahren intensiv begleiten und gleichzeitig die Teilhabe auch auf europäischer Ebene weiter fördern.

| Antwort von DIE LINKE

DIE LINKE tritt für eine volle und wirksame Teilhabe aller Menschen mit Behinderungen in Europa ein.

Wir wollen Barrieren abbauen – bauliche, kommunikative und strukturelle – und Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung erleichtern.

Doch Inklusion geht weit darüber hinaus. Inklusion ist Menschenrecht: Sie eröffnet allen Menschen die Möglichkeit, überall im politischen, sozialen und kulturellen Leben nicht nur dabei zu sein, sondern es auch selbstbestimmt aktiv gestalten zu können. Doppelstrukturen in Bildung, Wohnen und Arbeit wollen wir europaweit auflösen. Für Menschen mit Behinderungen gibt es besonders viele Diskriminierungen und strukturelle Zugangsbeschränkungen: auf dem Arbeitsmarkt, im Sozialraum, im Verkehr, in der Bildung und in der ehrenamtlichen und politischen Betätigung. Das wollen wir ändern.

Wir wollen ein Europäisches Gesetz zur Barrierefreiheit (European Accessibility Act, EAA) ohne Einschränkung des Geltungsbereiches, damit Menschen mit Behinderungen den gleichen Zugang zu Orten, Produkten und Dienstleistungen erhalten wie alle anderen.

| Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten stehen zur UN-Behindertenrechtskonvention als Menschenrecht. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt

und ohne Bevormundung ihr Leben gestalten können und die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensbereichen erhalten. Dies werden wir bei unseren politischen Entscheidungen berücksichtigen.

Wir Freie Demokraten fordern zudem, dass politische Informationen in umfangreichem Maße auch in Leichter Sprache von Behörden zur Verfügung gestellt werden, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention vorsieht. Hierfür müssen die bereits bestehenden Angebote an Leichter Sprache weiter ausgebaut werden.

| Antwort der SPD

Mit einem europäischen Masterplan Inklusion wollen wir die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft verbessern. Dafür brauchen wir ein einheitliches europäisches Behindertenrecht im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention. Wir verhandeln im Europäischen Parlament gerade die Dachverordnung, welche die EU-Fördermittel von 2021 bis 2027 regelt. Unsere Fraktion hat einen ganz neuen Artikel in diese Dachverordnung eingebracht, der konkrete Schritte zur Verhinderung jeglicher Art von Diskriminierung fordert, Geschlechtergleichstellung sicherstellt, Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung unterstützt und sich den UN Zielen für Nachhaltige Entwicklung verpflichtet.

Frage: *Wie steht Ihre Fraktion zur Anwendung von Disability Mainstreaming aller Gesetze, Programme, Richtlinien und Verordnungen?*

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Wir halten die Idee eines Disability Mainstreamings für sehr interessant.

| Antwort der CDU/CSU

Die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft ist ein zentrales Ziel der Union. Sie wird dann erreicht sein, wenn das Miteinander von Behinderten und Nicht-Behinderten selbstverständlich geworden ist. Der Zwischenbericht zum Nationalen Aktionsplan zeigt, dass wir uns auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft weiterentwickeln. Wir befürworten die zahlreichen Aktionspläne, die von Ländern, Kommunen aber auch Hochschulen und Unternehmen erstellt werden und die Umsetzung der UN-BRK vorantreiben.

| Antwort von DIE LINKE

Alle Gesetze, Programme, Richtlinien und Verordnungen müssen stärker für Interessent*innen mit Behinderungen und andere benachteiligte Gruppen ausgelegt werden.

| Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten stehen zur UN-Behindertenrechtskonvention als Menschenrecht. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt und ohne Bevormundung ihr Leben gestalten können und die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensbereichen erhalten. Dies werden wir bei unseren politischen Entscheidungen berücksichtigen.

Wir Freie Demokraten fordern zudem, dass politische Informationen in umfangreichem Maße auch in Leichter Sprache von Behörden zur Verfügung gestellt werden, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention vorsieht. Hierfür müssen die bereits bestehenden Angebote an Leichter Sprache weiter ausgebaut werden.

| Antwort der SPD

Die SPD unterstützt grundsätzlich das Disability Mainstreaming aller Gesetze. Die EU und alle Mitgliedsstaaten haben die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Dies bedeutet, dass alle Aspekte des Haushaltsentwurfs sicherstellen müssen, dass EU Mittel keine neuen Barrieren für Menschen mit Behinderung schaffen. Wir fordern, dass alle Programme des nächsten EU Haushalts sich nach den folgenden Prinzipien richten:

Frage: Setzt sich Ihre Fraktion dafür ein, dass finanzielle Rahmenbedingungen geschaffen werden, die gezielte Investitionen in Barrierefreiheit, Bewusstseinsbildung und Anti-Diskriminierung ermöglichen?

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Ja. Wir sehen insbesondere im Rahmen der Struktur- und Kohäsionsfonds die Möglichkeit für gezielte Investitionen in Barrierefreiheit und Anti-Diskriminierung.

| Antwort der CDU/CSU

Unser Europa der sozialen Sicherheit weiß: Erwirtschaften kommt vor dem Verteilen. Und nicht alles ist mit Geld zu lösen. Dennoch lassen wir die Schwächeren unserer Gesellschaft nicht im Stich. Solidarität ist die zwingende Ergänzung von Eigenverantwortung. Wir stehen in Deutschland für einen Sozialstaat, der Leistung anerkennt und einen fairen Ausgleich schafft. Wir wollen, dass sich Menschen mit und ohne Behinderung tagtäglich begegnen und Teilhabe natürlich erfolgt.

| Antwort von DIE LINKE

DIE LINKE tritt für eine volle und wirksame Teilhabe aller Menschen mit Behinderungen in Europa ein. Für Menschen mit Behinderungen gibt es besonders viele Diskriminierungen und strukturelle Zugangsbeschränkungen: auf dem Arbeitsmarkt, im Sozialraum, im Verkehr, in der Bildung und in der ehren-

▶ **Barrierefreiheit:** Der EU-Haushalt soll nur in barrierefreie Infrastruktur und Dienstleistungen investieren.

▶ **Selbstständiges Leben:** Keine EU-Mittel sollen in die Segregation oder das institutionalisierte Wohnen für Menschen mit Behinderung fließen. Die Ressourcen sollen stattdessen in barrierefreien Wohnraum und Transport, Beschäftigung, Bildung und barrierefreien Zugang zu regulären Dienstleistungen für Menschen mit Behinderung fließen.

▶ **Soziale Inklusion:** Alle EU Programme müssen sicherstellen, dass Menschen mit Behinderung explizit eingeschlossen sind, dabei sind Barrierefreiheit und angemessene Unterbringung sicherzustellen.

amtlichen und politischen Betätigung. Das wollen wir ändern. Wir wollen ein Europäisches Gesetz zur Barrierefreiheit (European Accessibility Act, EAA) ohne Einschränkung des Geltungsbereiches, damit Menschen mit Behinderungen den gleichen Zugang zu Orten, Produkten und Dienstleistungen erhalten wie alle anderen.

| Antwort der FDP

Aus Sicht von uns Freien Demokraten ist echte Teilhabe nur dann möglich, wenn der Abbau von physischen Barrieren im Alltag und die Entwicklung eines Bewusstseins für Teilhabe an der Gesellschaft miteinander einhergehen. Aus diesem Grund fordern wir Freie Demokraten nicht nur eine Ausweitung der Investitionen in Barrierefreiheit, sondern auch der Investitionen in Bewusstseinsbildung und Anti-Diskriminierung.

| Antwort der SPD

Um die Rechte von Menschen mit Behinderung zu stärken, unterstützen wir die Europäische Strategie zugunsten Menschen mit Behinderungen (2010-2020) als Hauptinstrument zur Umsetzung der UN-Konvention. Die Strategie fördert die aktive Eingliederung und uneingeschränkte Teilnahme von

Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben und agiert dabei insbesondere in den Bereichen Zugänglichkeit, Teilhabe, Gleichstellung, Beschäftigung, allgemeine und berufliche Bildung, sozialer Schutz, Gesundheit und Maßnahmen im Außenbereich. Die Strategie enthält ebenfalls verpflichtende Anforderungen im Hinblick auf die Barrierefreiheit von öffentlichen Räumen sowie einem Mindestprozentsatz in Bezug auf die Einstellung von Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft. Im vergangenen Jahr hat eine erste Evaluierung der Strategie stattgefunden, deren Ergebnisse dann als Grundlage für künftige Maßnahmen verwendet werden.

Zudem unterstützen wir eine umfangreiche Behindertenrechts-Strategie 2021–2030, welche durch ein inter-institutionelles Abkommen auf EU-Ebene eingeführt werden soll. Diese Strategie soll im EU-Haushalt 2021–2027 angewendet werden. Um Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken, unterstützen wir die Forderung des European Disability Forums, das Jahr 2021 zum „Zweiten Europäischen Jahr für die Rechte von Personen mit Behinderung zu erklären“.

Chancen und Perspektiven fördern durch internationale Mobilität in den Bereichen Arbeit, Bildung und Engagement

Mit der Einführung des Europäischen Binnenmarktes haben sich die Mitgliedstaaten zur Personenfreizügigkeit verpflichtet. Durch die Überarbeitung der Entsenderichtlinie nach dem Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ und der Koordination der Systeme sozialer Sicherheit wird der Sozialschutz bei grenzüberschreitender Mobilität von Arbeitnehmer*innen verbessert. Ein europäischer Arbeitsmarkt bedarf auch eines europäischen Bil-

dungsraumes. Erfolgreiche Programme wie Erasmus+ fördern die berufliche Bildung und darüber hinaus auch die politische und interkulturelle Bildung sowie bürgerschaftliches Engagement. Die AWO ist davon überzeugt, dass durch europäische Freiwilligendienste und Mobilitätsprojekte gesellschaftliche Partizipation und das Bewusstsein für eine europäische Identität und Kultur gestärkt werden.

Frage: Setzen Sie sich für die weitere Umsetzung der Jugendgarantie ein, um langfristig allen Jugendlichen die gleichen Chancen auf Bildung und Beschäftigung zu garantieren?

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Ja. Die Jugendgarantie muss endlich konsequent von allen EU-Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Die europäische Beschäftigungsinitiative für junge Menschen bietet dafür die Finanzierung. Es liegt an den EU-Mitgliedstaaten, diese auch zu nutzen.

| Antwort der CDU/CSU

In den vergangenen Jahren haben wir auch vielen jungen Menschen neue berufliche Perspektiven eröffnet – vor allem in Staaten mit einer sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit. Wir wollen die Ausbildungs-garantie für Jugendliche und Beschäftigungsinitiativen für junge Menschen fortführen, um noch mehr junge Menschen in Ausbildung und Beruf zu bringen. Wir werben weiterhin bei unseren Nachbarn dafür, unser bewährtes Konzept der dualen Ausbildung flächendeckend einzuführen. Denn unser du-

ales System der beruflichen Bildung ist ein Erfolgs- und Exportmodell, das jungen Menschen beim Einstieg in das Arbeitsleben hilft und ein wichtiger Baustein im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit sein kann.

| Antwort von DIE LINKE

Wir wollen die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen, halten die „Jugendgarantie“ der EU in ihrer jetzigen Form aber für wirkungslos und zu niedrig geplant.

Wir wollen eine Offensive gegen Jugendarbeitslosigkeit. Für viele stellen prekäre Arbeitsbedingungen und schlechte Löhne den „normalen“ Einstieg in die Berufstätigkeit dar. Unsere Normalität sieht anders aus. Wir wollen gute Arbeit für junge Menschen, mit der sie ihre Zukunft planen können. Wir streiten dafür, ein Beschäftigungsziel für die EU gesetzlich festzuschreiben: Unser Beschäftigungsziel ist Vollbe-

schäftigung. Dieses Beschäftigungsziel wollen wir auch als Leitlinie für die Europäische Zentralbank festschreiben.

- ▶ Die Mittel für die Jugendgarantie müssen erhöht werden.
- ▶ Dafür wollen wir in Bildung und Weiterbildung investieren, sozial und ökologisch sinnvolle Innovationen fördern und öffentliche Beschäftigung stärken.
- ▶ Ab fünf Prozent Erwerbslosenquote werden Mitgliedstaaten verpflichtet, ein öffentliches Beschäftigungsprogramm und Schritte für Arbeitszeitverkürzung einzuleiten. Unsere Perspektive für ein Europa ohne Armut und Erwerbslosigkeit ist: Arbeit gerechter verteilen, Arbeitszeitverkürzung mit Lohn- und Personalausgleich durchsetzen. Das soll zu mehr Zeitsouveränität für alle führen.

| Antwort der FDP

In der Tat brauchen wir einen leichten Einstieg für junge Menschen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und die Förderung grenzüberschreitender Mobilität. Die Übertragung funktionierender Modelle auf andere Mitgliedstaaten sollte durch den Euro-

päischen Qualifikationsrahmen erleichtert werden. Schließlich sollten in Mitgliedstaaten effektive Systeme aufgebaut werden, die jungen Menschen in kurzer Frist entweder ein Jobangebot oder eine arbeitsmarktorientierte Weiterbildungsmaßnahme vermitteln oder diese fördern („Jugendgarantie“).

| Antwort der SPD

Wir wollen jungen Menschen ein wichtiges Signal geben, um das Vertrauen in ihr Europa zu stärken. Seit 2014 haben mehr als 15 Millionen junger Europäerinnen und Europäer von der Jugendgarantie profitiert und Weiterbildung oder Arbeit gefunden. Sie sorgt in den Mitgliedstaaten für Reformen und Innovation in der Ausbildungs- und Beschäftigungsstruktur. Doch die Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist immer noch zu hoch. Deshalb wollen wir die Mittel für die Jugendgarantie deutlich aufstocken. Nur so kann das europäische Versprechen gehalten werden, allen jungen Menschen unter 25 Jahren in vier Monaten konkrete Angebote für eine sichere berufliche Zukunft zu machen. Zudem fordern wir europaweit wollen eine faire Mindestausbildungsvergütung für Auszubildende, die sich an den jeweiligen Lebenshaltungskosten orientiert. Nur so können sich junge Menschen voll auf ihre Ausbildung konzentrieren. Bildung und Ausbildung dürfen junge Menschen nicht in Armut führen!

Frage: Sind Sie für eine legislative Festschreibung des Schutzes der Arbeitnehmer*innen in Bezug auf die in der Europäischen Säule Sozialer Rechte festgeschriebenen Rechte?

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Ja. Der Schutz von Arbeitnehmer*innen muss gesetzlich festgeschrieben werden. Nur dann können Arbeitnehmer*innen ihn auch einklagen.

| Antwort der CDU/CSU

Wir wollen ein Europa, in dem Arbeitnehmer europaweit gerechte, lebenswerte und gesundheitschonende Arbeitsbedingungen vorfinden. Wir treten für Mindeststandards beim Arbeitsschutz in ganz Europa ein. Gleichwohl bleiben die Mitgliedstaaten für die sozialen Sicherungssysteme, Regulierungen zum Mindestlohn oder der Altersvorsorge selbst verantwortlich.

| Antwort von DIE LINKE

Festgelegt ist, dass für wichtige Bereiche wie Arbeitsrecht, Mindestlöhne, Bildung und Erziehung, Gesundheitsfürsorge sowie Organisation der sozialen Schutzsysteme die Mitgliedsstaaten bzw. die Sozialpartner zuständig sind. Diese Säule sozialer Rechte verhindert nicht die Fortsetzung der neoliberalen Politik, weder in der EU noch in den einzelnen Ländern. Darum sind wir für eine legislative Festschreibung des Schutzes der Arbeitnehmer*innen.

Wir setzen uns für verbindliche Regeln für multinationale Unternehmen ein. Deshalb unterstützen wir den sogenannten Treaty-Prozess der Vereinten Nationen, der Unternehmen verpflichten soll, Menschenrechte und Arbeitsrechtsnormen einzuhalten und der von den EU-Staaten bisher blockiert wird. Beschäftigte sollen gegen Menschenrechtsverletzun-

gen durch Konzerne auch an ihren Heimatstandorten klagen können. Die Zuständigkeit europäischer Gerichte wollen wir entsprechend erweitern.

| Antwort der FDP

Die Europäische Säule sozialer Rechte enthält eine Vielzahl von Grundrechten, die bereits in einem Großteil der Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Eine europaweite Festschreibung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erscheint uns

auf Grund der Vielfältigkeit der europäischen Arbeitsmärkte nicht sinnvoll.

| Antwort der SPD

Ja, wir sind für eine rechtlich verbindliche Säule Sozialer Rechte, damit jede/n Arbeitnehmer/in die in dem Text verabschiedeten 20 Grundprinzipien zu guten und fairen Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit und Sozialschutz einklagen kann.

Frage: Sind Sie in dem Programm Europäisches Solidaritätskorps für eine Abgrenzung des Freiwilligendienstes als Sozialisationsinstanz von Maßnahmen der Arbeits- bzw. Beschäftigungsförderung?

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Unter grüner Berichterstattung haben wir uns von Beginn an dafür eingesetzt, den Solidaritätsgedanken in dem Programm Europäisches Solidaritätskorps in den Vordergrund zu rücken. Es soll eine strikte Trennung zu den Maßnahmen der Arbeits- bzw. Beschäftigungsförderung geben. Es soll kein Programm sein, das primär Beschäftigung fördert und erst recht soll es keine Antwort auf Jugendarbeitslosigkeit sein. Dafür existieren bereits Initiativen wie die Jugendgarantie oder die Beschäftigungsinitiative für Jugendliche, die genau zu diesem Ziel ins Leben gerufen wurden. Diese gilt es auszubauen und nicht durch ein zusätzliches Programm zu entwerten.

| Antwort der CDU/CSU

Unser Europa ist ein Europa der Bürger und ganz besonders der jungen Generation. Wir setzen uns dafür ein, dass die Jugend Europas die Vorteile der Europäischen Union unmittelbar erleben kann. Über das Europäische Solidaritätskorps schaffen wir Möglichkeiten für junge Menschen, an Freiwilligen- oder Beschäftigungsprojekten in ihrem eigenen Land oder im Ausland teilzunehmen.

| Antwort von DIE LINKE

Ja, Freiwilligendienste können für junge Menschen wichtige Erfahrungen bringen und auch helfen. Allerdings ersetzen sie keineswegs eine gute Ausbildung, einen Einstieg ins Berufsleben und gute Arbeit.

| Antwort der FDP

Der Europäische Solidaritätskorps ist eine wichtige Initiative, die sowohl eine Sozialisationsinstanz sein kann, als auch der Beschäftigungsförderung dienen kann.

| Antwort der SPD

Ja, die SPD befürwortet eine klare Trennung zwischen Maßnahmen, die der Arbeits- und Beschäftigungsförderung dienen und der Förderung freiwilligen Engagements. Für die Sicherung beider Bereiche ist es unverzichtbar, dass sie auch klar sichtbar bleiben. Zudem ist das Europäische Solidaritätskorps eine Weiterentwicklung des Europäischen Freiwilligendienstes. Das Europäische Parlament hat gerade den Fortbestand dieses Solidaritätskorps bis 2027 gesichert – als selbstständiges Programm mit eigenem Budget. In keinem Falle dürfen aus dem Solidaritätskorps finanzierte Stellen regelmäßige Arbeit ersetzen. Deshalb bleibt es bei der Unterscheidung zwischen solidarischen Tätigkeiten zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen und zur Verwirklichung der nachhaltigen Entwicklungsziele sowie Praktika und Arbeitsstellen. Darüber hinaus werden ab 2021 solidarische Tätigkeiten im Zusammenhang mit humanitärer Hilfe gefördert und damit das Europäische Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe in den Solidaritätskorps integriert. Insgesamt soll das Europäische Solidaritätskorps mehr jungen Europäerinnen und Europäer die Möglichkeit geben, sich solidarisch in Europa und darüber hinaus für Demokratie und Gemeinwohl zu engagieren.

Wir haben in den Verhandlungen nicht nur eine umfassende Inklusionsstrategie durchgesetzt, wie im neuen Erasmus+ Programm, sondern auch die Lernkomponente des Programms hervorheben können.

Gerade junge Europäerinnen und Europäer mit schlechteren Ausgangschancen profitieren von der Inklusionsstrategie und haben zukünftig einen besseren Zugang zu beiden Programmen.

Frage: *Ist Ihre Fraktion bei der Schaffung eines Europäischen Bildungsraumes bis 2025 auch für die Berücksichtigung des Bereichs der non-formalen Bildung?*

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Wir unterstützen die Schaffung eines Europäischen Bildungsraumes und fordern von der EU-Kommission und den EU-Mitgliedstaaten ein größeres politisches Engagement sowie größere finanzielle Mittel, um die Realisierung voranzutreiben. In der Vergangenheit haben wir uns immer wieder für die Berücksichtigung non-formaler Bildung stark gemacht und begrüßen zum Beispiel die geplante Öffnung des Erasmus+ Programmes für Menschen aller Bildungssektoren.

| Antwort der CDU/CSU

Die geringe Sichtbarkeit der non-formalen Bildung im neuen Europäischen Bildungsrahmen ist problematisch. Denn insbesondere höhere Investitionen in politische Bildung können dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und Fremdenhass zu bekämpfen. Gleichwohl gilt es, das Subsidiaritätsprinzip zu beachten.

| Antwort von DIE LINKE

Ja. Die frühe Zuteilung von Bildungschancen muss überwunden werden. Es müssen ausreichend gute Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden – das gilt auch für alle Menschen mit Behinderung. Wir wollen ein ERASMUS-Programm, das Studierenden und Azubis insbesondere aus sozioökonomisch-schwachen Hintergründen oder mit Beeinträchtigungen unkomplizierte Möglichkeiten für einen Auslandsaufenthalt während des Studiums bzw. der Ausbildung bietet. Außerdem sollen europäische Schülerinnen- und Schüleraustausche für alle Schülerinnen und Schüler zum Standard werden und nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Dazu braucht es eine Verzehnfachung der Gelder des ERASMUS-Programms, um eine vollumfängliche Kostendeckung für die Auslandsaufenthalte sicherzustellen.

| Antwort der FDP

Ja. Wir unterstützen etwa die Einrichtung von digitalen Bildungsplattformen, zu der alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrem formellen Bildungsgrad, Zugang bekommen sollen. Die Digitalisierung ist eine historische Chance, Wissen und Bildung weit über Klassenräume und Lehrsäle hinaus zugänglich zu machen. Nach dem Vorbild der „Open University“ sollten digitale Bildungsplattformen ihre Bildungsinhalte in Form von „Massive Open Online Courses“ (MOOCs) über das Netz zur Verfügung stellen. Des Weiteren sollen qualifizierte, online erarbeitete Kurse auf einen formellen – etwa universitären – Bildungsabschluss anrechenbar sein. Wir setzen uns, insbesondere auch für die Weiterbildung, für eine europäische Online-Akademie ein. Hier sollen Europäerinnen und Europäer jeden Alters kostenlos die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten online erwerben können, um sich fit für die digitale Arbeitswelt zu machen und Kommunikation und Teilhabe bis ins hohe Alter zu ermöglichen.

| Antwort der SPD

Die Europäische Union wird sich an dem Versprechen, bis 2025 einen Europäischen Bildungsraum zu schaffen, messen lassen müssen. Wir fordern, dass ein Europäischer Bildungsraum in Sachen Qualität, Inklusion und Innovation international Maßstäbe setzt.

Wir Sozialdemokraten werden weiter darauf drängen, dass das Versprechen, non-formale Bildungsergebnisse fair zu validieren, umfassender realisiert wird. Mit fortschreitendem digitalen Wandel werden zunehmend non-formale Bildungskompetenzen bei jedem Einzelnen erwartet, die die formalen Lernergebnisse ergänzen. Dem müssen Bildung und Ausbildung stärker Rechnung tragen und wir müssen alle Menschen zielgerichteter motivieren lebenslang zu lernen.

Formale, informelle und non-formale Bildungsprozesse müssen zusammen gedacht werden und zudem das Potenzial von „Blended-Learning“ – der Verknüpfung klassischer und digitaler Lernmethoden – voll ausschöpfen. Formale Bildung steht weiterhin im Mittelpunkt und für jeden individuell sinnstiftend und zielgerichtet um non-formale Inhalte ergänzt werden. Es wird zunehmend wichtiger sicherzustellen, dass Bildung umfassend als öffent-

liche Aufgabe in bester Qualität öffentlich stattfindet. Für die Erreichung unseres Ziels, allen Menschen die Möglichkeit des qualitativ hochwertigen lebenslangen Lernens zu ermöglichen sowie die Vielsprachigkeit in Europa zu fördern ist dies unverzichtbar. Schließlich wird künftig durch ERASMUS+ non-formales Lernen sehr viel stärker als bisher gefördert werden können.

Digitalisierung sozial gestalten

Die Digitalisierung geht mit sozialen, ökonomischen, und gesellschaftlichen Veränderungen einher. Gleichzeitig bietet sie große Chancen für die Sozialwirtschaft. Die Gestaltung der Digitalisierung darf

dabei nicht allein den Binnenmarkt- und Wettbewerbszwecken dienen, sondern muss nachhaltig und zum Wohl der Menschen gestaltet werden.

Frage: Sind Sie für die Schaffung europaweiter verbindlicher Mindestregelungen für den Zugang zum Sozialschutz für (Solo-)Selbstständige und atypisch Beschäftigte?

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Solo-Selbständige und Kreative müssen zukünftig für alle Lebenslagen sozial abgesichert sein und fair entlohnt werden. Deshalb wollen wir ein allgemeines Mindesthonorar als absolute Untergrenze für zeitbasierte Dienstleistungen einführen und gleichzeitig branchenspezifische Mindesthonorare für bestimmte Werke und Dienstleistungen ermöglichen, die gut zu den jeweiligen Branchen passen. Es ist erstrebenswert, dies nicht nur in Deutschland, sondern europaweit umzusetzen.

| Antwort der CDU/CSU

Die Sozialpolitik soll weiterhin in der Zuständigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten bleiben. Unser Europa der sozialen Sicherheit konzentriert sich auf Mindeststandards bei Arbeitnehmerrechten sowie Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards.

| Antwort von DIE LINKE

Ja. Mindestlöhne, Arbeitszeitregelungen, Sozialversicherungs- und Rentenzahlungen sowie Besteuerung eines Landes dürfen nicht umgangen werden. Dafür fordern wir eine EU-verbindliche Rahmenregelung. Die Absicherung von Soloselbständigen muss durch verbindliche Standards für Mindestvergütungen gesichert werden.

| Antwort der FDP

Europaweite Mindestregelungen für den Zugang zum Sozialschutz lehnen wir ab. Sowohl die Ausgestaltung formeller Absicherung von Arbeitnehmern und Selbstständigen als auch die Regelung jeglicher Ansprüche müssen auf nationaler Ebene differenziert behandelt werden können. Befugnisse der Mitgliedstaaten, ihre sozialen Sicherungssysteme auszugestalten, dürfen entsprechend des Subsidiaritätsprinzips durch die Empfehlung nicht beeinträchtigt werden.

| Antwort der SPD

Durch den technologischen Fortschritt dürfen keine Rückschritte bei den Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entstehen. Wir wollen keine „digitalen Tagelöhnerinnen und Tagelöhner“, die nur auf Abruf arbeiten können. Die Entgrenzung der Arbeit und eine fortwährende Erreichbarkeit der Beschäftigten lehnen wir ab. Deshalb sprechen wir uns für Mindeststandards in puncto Sozialschutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Selbstständigen aus, um Selbstständige sowie atypisch-Beschäftigte zu unterstützen. Personen, die sich in atypischen Beschäftigungsverhältnissen befinden, aber auch Selbstständige sollen künftig in allen EU Mitgliedsstaaten angemessene Sozialschutzansprüche aufbauen können. Aber auch die Übertragung von Sozialversicherungsansprüchen zwischen den Systemen gilt es zu erleichtern. Außerdem

wollen wir verhindern, dass die Grenzen zwischen abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit zunehmend verwischen und folglich immer weniger Menschen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Es braucht daher gesamteuropäische Kriterien wie Beschäftigten-

verhältnisse in neuen, atypischen und digitalen Arbeitsformen ausgestaltet sein müssen. Erst dadurch kann eine klare Unterscheidung zwischen Selbstständigkeit und abhängiger Beschäftigung gewährleistet werden.

Frage: *Sind Sie für die Schaffung rechtlicher Regelungen speziell zum Schutz von Arbeitnehmer*innen und Konsument*innen im Digitalen Raum?*

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Ja. Wir setzen uns für eine verantwortungsbewusste Digitalisierung ein. Wir wollen den digitalen Wandel demokratisch, ökologisch, sozial und feministisch gestalten. Die von uns hart erkämpfte Datenschutzgrundverordnung, heute weltweit als Standard für Schutz personenbezogener Daten angesehen, ist ein erster Baustein hierfür. Wir wollen mit der aktuell noch ausstehenden E-Privacy-Richtlinie bestmöglichen Privatsphärenschutz gewährleisten. Außerdem fordern wir für Verbraucher*innen Interoperabilität. Das heißt, dass es einfacher werden soll, unkompliziert zwischen verschiedenen Anbietern und Plattformen zu kommunizieren und zu wechseln. Ein weiterer Pfeiler ist die IT-Sicherheit. Wir fordern daher verbindliche Standards zur IT-Sicherheit von vernetzten Geräten. Beim Einsatz von Algorithmen muss gewährleistet werden, dass die Entscheidungen für die Verbraucher*innen überprüfbar, transparent und diskriminierungsfrei erfolgen. Je sensibler und teilhaberelevanter die Anwendungsfelder, desto mehr Kontrolle durch staatliche Behörden ist notwendig. Die Rohstoffe, die wir für unsere Handys oder Tablets benötigen, werden oft unter miserablen Bedingungen abgebaut und gehen mit Menschenrechtsverletzungen, Konflikten und Umweltzerstörungen einher. Ausbeutung darf aber nicht Grundlage der Digitalisierung und unseres Konsums sein. Wir treten ein für faire Rohstoffpartnerschaften, die die Bedürfnisse der Abbauländer berücksichtigen, für Einsparung des Rohstoffverbrauchs und eine nachhaltige Nutzung in Europa.

| Antwort der CDU/CSU

Wir wollen ein Europa, in dem Arbeitnehmer europaweit gerechte, lebenswerte und gesundheitschonende Arbeitsbedingungen vorfinden. Wir treten für Mindeststandards beim Arbeitsschutz in ganz Europa ein, die auch den Erfordernissen der digitalen Arbeitswelt entsprechen.

| Antwort von DIE LINKE

Wir wollen, dass die Europäische Union ein Regelwerk durchsetzt, das Beschäftigte und Konsumierende in einer digitalisierten Weltwirtschaft in ihren Persönlichkeitsrechten stärkt und vor Manipulation, Ausbeutung und Betrug schützt. In einem zweiten Schritt werden wir uns für die Schaffung eines internationalen Datenschutzsystems einsetzen.

Das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung gilt auch für Beschäftigte. Arbeitgeber dürfen nur Daten abspeichern, die für die Erfüllung des Arbeitsvertrages erforderlich sind. Einer Überwachung von Mitarbeiter*innen durch Video, Detektive oder Überwachung von digitalen Arbeitsmitteln (z. B. E-Mail und Internet-Verkehr, Screen-Recorder und Keylogger) stellen wir uns entgegen.

| Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten vertrauen auf die mündigen Bürgerinnen und Bürger und überlassen ihnen die Verantwortung für ihre Konsumententscheidungen. Beim Verbraucherschutz setzen wir daher auf bessere Informationen und Transparenz über Produkte, Dienstleistungen und zur Datennutzung sowie einen wirksamen Rechtsschutz im Betrugsfall. Zudem wollen wir anti-marktwirtschaftliche Monopole verhindern.

Wir setzen uns für ein modernes Arbeitsrecht ein: So wollen wir in Deutschland die Spielräume der EU-Arbeitszeitrichtlinie nutzen. Alle sollen flexibler die Arbeitszeit unter der Woche einteilen können, ohne dass jemand in Summe mehr arbeiten muss oder weniger Pausen machen darf als zuvor. Unternehmen sollen dabei die individuellen Bedürfnisse ihrer Beschäftigten berücksichtigen, soweit dem keine betrieblichen Gründe entgegenstehen.

Zudem halten wir es für wichtig, die Vermittlung von Medien- und Methodenkompetenz von Kindesbeinen an zu fördern, insbesondere durch eine Verankerung in den Bildungsstandards der Schulen. Hier hinein gehört auch das Verständnis von der Funktionsweise informationstechnischer Systeme, künstlicher Intelligenz und der Computersprache.

| Antwort der SPD

Die SPD will, dass alle vom digitalen Wandel profitieren. Im Zentrum der Digitalisierung muss der Mensch stehen, das heißt die Bürgerinnen und Bürger Europas. Wir werden ihre Souveränität, Freiheit und Sicherheit schützen und stärken. Eine zentrale Herausforderung ist die Gestaltung der Zukunft der Arbeit im digitalen Zeitalter.

Die SPD tritt für einen stärkeren Beschäftigtenschutz ein, der dem Trend zum gläsernen und jederzeit abrufbaren Angestellten einen Riegel vorschiebt. Dazu gehört auch der Beschäftigtendatenschutz, welchen wir im Lichte neuer Herausforderungen der Künstlichen Intelligenz, digital vernetzter Industrieproduktion und plattformgetriebener Dienstleistungsarbeit europaweit modernisiert sehen wollen.

Frage: Welche Schwerpunkte sind Ihnen bzw. Ihrer Fraktion im Zusammenhang mit Digitalisierung besonders wichtig?

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Wir wollen den digitalen Wandel demokratisch, ökologisch, sozial und feministisch gestalten. Wir setzen besondere Schwerpunkte auf den Ausbau der digitalen Infrastruktur in der EU, Kontrolle der Digitalkonzerne und eine verantwortungsvolle Regulierung der großen Plattformen. Die Digitalisierung kann uns helfen, effizienter und ökologischer zu handeln, Informationen leichter zu verbreiten und mehr Transparenz herzustellen. Beim Datenschutz und bei der Daten- und der IT-Sicherheit kann Europa mit einheitlichen Sicherheitsnormen voranschreiten und somit Wettbewerbsvorteile durch eine an unseren Grundrechten orientierte Digitalpolitik erreichen. Gerade angesichts der zunehmenden Bedeutung des „Internets der Dinge“ sind höchste Sicherheitsstandards essenziell und sollten gesetzlich verankert werden. Wir brauchen ein Europa, das mit einer Stimme spricht, um für den Schutz von Verbraucher*innenrechten, fairen Wettbewerb und den Erhalt öffentlicher Güter zu sorgen.

Wir wollen zudem einen neuen Flexibilitätskompromiss in puncto Arbeitszeit. Letztere darf uns in Zeiten digitaler Vernetzung und ständiger Erreichbarkeit nicht entgleisen und braucht eine klare Regulierung. Jeder und jedem muss das Recht auf Nichterreichbarkeit und das Recht auf Freizeit zustehen. Der Achtstundentag steht dabei für uns nicht zur Disposition. Auch die Rechte der Verbraucher*innen brauchen ein Update im digitalen Zeitalter. Dazu gehört unter anderem die europäische Regulierung von Medienplattformen.

Wer im Internet unterwegs ist, soll besser vor unerwünschter Werbung und Nachspionieren („tracking“) geschützt werden. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen zudem in der Lage sein, bei Alltagsgeschäften online anonym zu bezahlen – in dem Rahmen, in dem dies auch bei Bargeldzahlungen möglich ist.

Um Verstöße gegen Verbraucher*innenrechte zu unterbinden, soll – im Falle eines Verstoßes – die Höhe des von den Konzernen bezahlten Bußgeldes künftig neben der Schwere des Verstoßes auch vom Umsatz des betroffenen Konzerns abhängig sein.

| Antwort der CDU/CSU

Unser Europa schafft einen digitalen, zukunftsfähigen Wirtschaftsraum. Wir wollen die Innovationsunion: Unser Europa hat seit jeher Maßstäbe für Fortschritt gesetzt. CDU und CSU wollen den digitalen Wandel auf Grundlage unserer Werte gestalten. Dazu zählt das christliche Menschenbild, aber auch unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Grundordnung der Sozialen Marktwirtschaft. Bei der Digitalisierung muss Europa schneller werden. Eine wichtige Priorität ist der Breitbandausbau, insbesondere im ländlichen Raum. Hierfür haben wir 10 bis 12 Mrd. Euro zusätzliche öffentliche Mittel investiert. Wir arbeiten an einem europäischen Mobilfunknetz 5G und einheitlichen IT-Datenstandards für Computer und alle Arten von digitalen Geräten.

| Antwort von DIE LINKE

DIE LINKE fordert auch für das neue Programm Digital Europe starke gesellschaftspolitische Leitplanken

und volle öffentliche Kontrolle bei der Vergabe. Der digitale Wandel hat unsere Leben und Arbeitswelten grundlegend umgewälzt: Click- und Crowdworking bedeuten internationale Arbeitsteilung dank Amazon und Co. Transportkosten werden marginalisiert. Auch digital muss Arbeit gute sein: Wir brauchen Regulierung von Plattformarbeit, die der digitalen Prekarität etwas entgegensetzt. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten von Deliveroo und anderen Lieferdiensten, die an verschiedenen Orten in Europa um gute Löhne, Arbeitsverträge, Gesundheitsschutz und gewerkschaftliche Vertretung kämpfen.

| Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten wollen Europa fit für das digitale Zeitalter machen. Grundvoraussetzung dafür ist ein ambitionierter Breitbandausbau. Glasfaser bis zur Haustür muss in der EU Standard werden. Außerdem wollen wir die europäischen Rahmenbedingungen für Start-ups und sonstige Gründerinnen und Gründer verbessern (z. B. durch eine europäische Venture-Capital-Verordnung und Digital-Freiheitszonen) und digitale Bildungsplattformen für alle Bürgerinnen und Bürger einrichten. Wir setzen uns auch für eine digitale Verwaltung auf europäischer Ebene ein. Anträge und Informationen müssen für Bürgerinnen und Bürger digital verfügbar sein. Wir wollen daher zum Beispiel einen elektronischen Personalausweis, der EU-weit einsetzbar ist.

| Antwort der SPD

Um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und den Risiken entgegenzuwirken, ist der Umgang mit der Digitalisierung eine der aktuell wichtigsten politischen Fragen für die Europa-SPD, denn wir wollen, dass die Chancen der neuen Technologien zum Wohle aller genutzt werden. Im Einzelnen heißt das für uns:

▶ Daten für alle – digitale Monopole aufbrechen: Google, Amazon und Facebook sind zu Datenmonopolisten mit unglaublicher Macht geworden. Wir werden den offenen Zugang zur Nutzung von vollständig anonymisierten und nicht personenbezogenen Daten in Europa sicherstellen und verhindern, dass Datenschätze weiterhin von einigen Monopolkonzernen exklusiv verwertet werden. Dafür verpflichten wir sie, ihre vollständig anonymisierten und nicht personenbezogenen Daten zu teilen und öffentlich zugänglich zu machen. Zudem werden wir Anreize für gemeinsame Datenpools schaffen, die es Unternehmen ermöglichen, auf freiwilliger Basis Daten zu teilen.

▶ Offene Schnittstellen bei Bezahlungsfunktionen oder Sprachsteuerung von Zusatzgeräten. Die digitalen Großkonzerne haben eigene Bezahl- und Sprachsteuerungssysteme geschaffen. Diese müssen offen sein für andere europäische Dienstleister, um den Marktzugang zu erleichtern und einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen.

▶ Sicherheitsupdates für mobile Endgeräte gewährleisten. Hersteller von Mobiltelefonen, Tablets und ähnlichen mobilen Endgeräten wollen wir verpflichten, für den Zeitraum von mindestens vier Jahren ab Verkaufsstart Sicherheitsupdates für das Betriebssystem der gekauften Geräte kostenlos anzubieten.

▶ Zugang zu schnellem Internet und Mobilfunk schaffen. Wir wollen schnelles Internet und flächendeckenden Mobilfunk für alle Bürgerinnen und Bürger, gerade auch in ländlichen Regionen. Die Versorgung gehört zur Daseinsvorsorge und muss daher in der Fläche zu 100 Prozent sichergestellt werden. Die Investitionen müssen aus der Privatwirtschaft kommen – dafür schaffen wir entsprechende Investitionsanreize.

▶ IT-Sicherheit verbessern: Die Verletzlichkeit der „digitalen Gesellschaft“ ist groß. Wir werden Haftungsregeln für die Hersteller vernetzter Produkte definieren, gesetzliche Standards verbessern und die Unabhängigkeit der Behörden zum Schutz der IT-Sicherheit stärken. Zudem wollen wir eine europaweite einheitliche Kennzeichnung einführen, die auf die Netzwerkfähigkeit technischer Geräte hinweist, die auf dem europäischen Markt verkauft werden. Schwachstellen beim Schutz der europäischen Industrie werden wir schließen und Cyberwaffen weltweit ächten.

▶ Gemeinwohlorientierte Digitalisierungsförderung. In der „digitalen Gesellschaft“ müssen zivilgesellschaftliche Stimmen die gleiche Geltung haben wie Stimmen der Wirtschaft. Um das zu gewährleisten, schaffen wir eine europäische Einrichtung, die technologische Lösungen zur Bewältigung gesellschaftlicher Probleme mit allen Akteuren organisiert.

▶ Wir wollen prüfen, ob es möglich ist, europäische Alternativen zu den derzeit dominierenden Plattformunternehmen aufzubauen. Das übergreifende Ziel zur Stärkung von Demokratie sowie Meinungsfreiheit und -vielfalt könnte eine neue digitale Infrastruktur für Europa sein: transnationale Plattformen mit Angeboten für die europäische Öffentlichkeit.

Europäischen Klimaschutz fördern

Die Folgen des Klimawandels sind global. Bis 2050 werden bis zu 140 Millionen Menschen aufgrund der Folgen des Klimawandels, innerhalb ihres Heimatlandes umsiedeln oder ihre Heimat verlassen müssen. Auch aus diesem Grund sind internationale

Lösungen notwendig, um den Klimawandel zu bekämpfen. Das setzt eine intensivere und funktionierende Zusammenarbeit auf europäischer Ebene voraus.

Frage: Sind Sie für die Umsetzung des am 5. Oktober 2016 von der EU ratifizierten Pariser Klimaabkommens, um die Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen?

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Ja. Wir GRÜNE setzen uns für eine Umsetzung der Pariser Klimaziele ein. Dazu gehört die langfristige Festlegung auf eine Dekarbonisierung der europäischen Wirtschaft. Dazu gehört aber auch, dass wir unsere mittelfristigen Anstrengungen deutlich erhöhen. Wir brauchen eine Transformation in allen relevanten Wirtschaftsbereichen. Dieser klimafreundliche Umbau muss fair sein und besonders betroffene Regionen und Sektoren unterstützen, um massive Jobverluste zu verhindern.

| Antwort der CDU/CSU

Siehe Antwort auf die folgende Frage.

| Antwort von DIE LINKE

Ja. Um die Erderwärmung möglichst auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen, braucht es grundlegende Änderungen in allen Bereichen der Wirtschaft und des Lebens. Das stellte der Weltklimarat im Herbst 2018 fest. Und das ist das Ziel LINKER Klimapolitik.

Wir wollen eine Wirtschaftsweise, die auf erneuerbaren und demokratisch organisierten Energien basiert, nicht auf Kohle und Atom. Und die regionalen Kreisläufe stärken, statt einer über Europa und die Welt verstreuten Produktion mit langen Transportwegen. Wir wollen eine effiziente Wirtschaft, um Ressourcen und Atmosphäre zu schonen. Wir streiten für zukunftsfähige Verkehrsmodelle, bei der der Auto-Verkehr nicht mehr die Städte verstopft und alle bequem dort ankommen, wo sie hinwollen: mehr Mobilität mit weniger Verkehr und mehr Lebensqualität. Wir wollen einen öffentlichen Nahverkehr, der qualitativ besser und ticketlos wird, Wir wollen Transporte vermindern und möglichst auf die Schiene bringen, um Schwerlastverkehr zu reduzie-

ren. Wir wollen eine ökologische Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel, die sich alle leisten können.

DIE LINKE strebt eine Gesellschaft an, in der die Erde nicht übermäßig von den Menschen genutzt wird. Unser Ziel ist, dass im Jahr 2050 der „ökologische Fußabdruck“ aller Menschen und Gesellschaften neutral sein soll. Dafür ist eine sozial-ökologische Wende Voraussetzung, die den CO₂-Verbrauch entsprechend reduziert.

Technologisch wäre ein sozialer und ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft längst möglich. Auch das Geld für die Investitionen ist da. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass der Wandel nicht an Profit- und Eigentumsinteressen scheitert.

| Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten bekennen uns ausdrücklich zu dem Ziel aus dem Pariser Abkommen, die Erderwärmung auf maximal 2, besser 1,5 Grad Celsius, zu begrenzen. Die daraus resultierenden Ziele zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes sind verbindlich. Aus liberaler Sicht gilt es daher, Wege zu einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung zu beschreiten, welche die Menschen mitnimmt, ihrer Lebenswirklichkeit gerecht wird und Chancen eröffnet.

Leitinstrument ist für uns Freie Demokraten dabei der Europäische Emissionshandel (EU-ETS), den wir schnell auf weitere Sektoren ausweiten wollen. Zudem wollen wir einen schnellen Einstieg in ein weltweites Emissionshandelssystem.

| Antwort der SPD

Wir stehen zu unserer Verantwortung gegenüber heutigen und künftigen Generationen und setzen uns für eine ambitionierte Klimapolitik und eine

europaweite Energiewende ein. Um das Ziel des Pariser-Abkommens zu erreichen, unterstützen wir eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mindestens 45 Prozent Treibhausgasreduzierung bis 2030 (Basisjahr 1990). Sowie das langfristige Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050. Den damit

verbundenen Strukturwandel wollen wir im Interesse der Beschäftigten gerecht gestalten. Wir wollen dafür Europas Industrie möglichst klimaneutral und gleichzeitig wettbewerbsfähig ausgestalten und die Europäische Energieversorgung CO₂-neutral und bezahlbar sicherstellen.

Frage: Sind Sie dafür, die Klimaziele der Vereinten Nationen, welche in den Sustainable Development Goals (SDGs) enthalten sind, auf europäischer Ebene konsequent umzusetzen?

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Ja. Es ist höchste Zeit, dass die EU ihre Klimapolitik endlich an den Zielen des Pariser Klimaabkommens und den SDGs ausrichtet. Wir fordern einen verpflichtenden SDG-Check für alle neuen europäischen Gesetze und Initiativen. Insbesondere fordern wir GRÜNE einen europaweiten Ausstieg aus Kohle-, Atomstrom und weiteren fossilen Energieträgern sowie einen deutlich schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir stehen für grüne Mobilität, ressourcenschonende Wirtschaftskreisläufe und nachhaltige Investitionen.

| Antwort der CDU/CSU

Europa ist der Antreiber für weltweiten Klimaschutz. Ohne Europa wäre der Klimaschutz und vor allem auch das Pariser Klimaabkommen so nicht auf den Weg gebracht worden. Unser Ziel ist weiterhin, Wirtschaftswachstum und Umweltschutz zu vereinen. Wir stehen zu den EU-Klimazielen und dem Pariser Abkommen. Wir setzen dabei stark auf marktwirtschaftliche Instrumente zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen (THG). Den Emissionshandel wollen wir stärken und uns dabei für eine globale Bepreisung von THG einsetzen – auch um die SDGs zu erreichen.

| Antwort von DIE LINKE

Ja. Nachhaltigkeit braucht Verbindlichkeit. Statt weiter zu Lasten der Umwelt und der Rechte von Beschäftigten zu wirtschaften, müssen die 17 Nachhaltig-

keitsziele der UN-Agenda 2030 zentrale Kriterien von EU-Politik sein. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich auf die verbindliche Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der „Agenda 2030“ der UN verpflichten.

| Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten unterstützen die Sustainable Development Goals der UN. Eine Umsetzung muss weltweit erfolgen, gerade mit Blick auf den Klimaschutz wären Maßnahmen nur auf europäischer Ebene nicht ausreichend.

| Antwort der SPD

Wir verstehen die 17 Nachhaltigkeitsziele 2030 der Vereinten Nationen (SDG) als Leitbild unseres europäischen Handelns, weil nur so die aktuellen ökonomischen, ökologischen, sozialen Politikbereiche gemeinsam gelöst werden können. Dementsprechend fordern wir auch stärkere Anstrengungen gegen die Klimaerwärmung: Um das Ziel des Pariser Abkommens zu erreichen, unterstützen wir eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mindestens 45 Prozent Treibhausgasreduzierung bis 2030 (Basisjahr 1990). Sowie das langfristige Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050. Aus dieser Konsequenz heraus will die SPD, um die weltweite Umsetzung der Pariser Klimaziele zu intensivieren, darüber hinaus die Bedeutung und die Kapazitäten der Klimadiplomatie Europas ausbauen.

Offene Methode der Koordinierung weiterentwickeln

Die im Rahmen der Verträge von Lissabon geregelten Regulierungskompetenzen der EU sind im Bereich der Sozialpolitik begrenzt. In den Bereichen, in denen sie keine Kompetenzen besitzt, kann sie über die Offene Methode der Koordinierung Reformvorschläge einbringen und länderübergreifende Lernprozesse initiieren. Vor allem in den Bereichen der Alterssicherung,

Bildungspolitik, Pflegepolitik und Gesundheitsreformen ist eine europaweite Koordinierung sinnvoll. Die AWO fordert die Parteien und künftigen Mitglieder des EU-Parlaments dazu auf, diese Kompetenzen im Sinne der Menschen und ihrer Bedürfnisse zur Durchsetzung eines sozialen Europas, umfangreicher zu nutzen und weiterzuentwickeln.

Frage: *Wie beurteilen Sie die Offene Methode der Koordinierung als sozialpolitisches Instrument der EU?*

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Die Offene Methode der Koordinierung allein reicht nicht, um progressive Sozialpolitik in der Europäischen Union voranzutreiben. Wir halten legislative Verfahren für essenziell.

| Antwort der CDU/CSU

Die Offene Methode der Koordinierung hat sich bewährt. So kann die EU die Tätigkeit der Mitgliedstaaten unterstützen und ergänzen. Beste Praktiken können schneller übernommen werden, ohne dass unterschiedlich gewachsene soziale Regelungen gegen den Willen der Mitgliedstaaten vereinheitlicht werden.

| Antwort von DIE LINKE

Die Offene Methode der Koordinierung ist als Instrument angebracht, um für Kommission, Rat und Mitgliedsstaaten darüber weitere Kompetenz einzuholen. Trotz dieses positiven Effekts sind die Nachteile nicht zu vernachlässigen – es ist ein weiches Instrument mit der Schwäche, dass die Mitgliedsstaaten unverbindlich abstimmen, was geändert werden soll.

Frage: *Sind Sie dafür, dass im Bereich der Pflegepolitik europaweit einheitliche Standards für das Berufsbild Altenpflege entwickelt werden?*

| Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Uns ist ein hohes Ausbildungsniveau aller Europäer*innen wichtig. Um europaweite Qualität sicherzustellen und die Schaffung eines europäischen Bildungsraumes voranzutreiben, müssen Mindeststandards in der gesamten EU eingehalten werden.

| Antwort der FDP

Die legislative Verantwortung für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sollte nach Meinung von uns Freien Demokraten im Kern bei den Mitgliedstaaten verbleiben. Vor diesem Hintergrund kann die Offene Methode der Koordinierung ein sinnvolles Instrument sein, um den Austausch zwischen den Mitgliedstaaten zu strukturieren und voneinander zu lernen.

| Antwort der SPD

Das Prinzip der Offenen Methode der Koordinierung ist sinnvoll und muss genau dort eingesetzt werden, wo die Europäische Union nur geteilte Kompetenzen besitzt. Wir wollen dies verstärkt in der Sozialpolitik einsetzen. Dazu ist es notwendig, dass Prinzip der Einstimmigkeit im Rat bei bestimmten sozialpolitischen Fragen zu überwinden. So ist es einzelnen Ländern aktuell möglich, durch ihre Gegenstimme im Rat, bei Fragen zur sozialen Sicherheit oder dem Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, weiteren Fortschritt zu blockieren. Künftig sollen wichtige Gesetzgebungen nicht mehr durch einzelne Mitgliedstaaten blockiert werden können.

Dies gilt für die Altenpflege, aber auch für andere Berufsfelder.

| Antwort der CDU/CSU

Mit der Einführung einer neuen Pflegeausbildung werden wir die Anerkennungsverfahren der Pflegeberufe in Europa weiter fortführen. Harmonisierungen gibt es bereits für den Bereich der Krankenpflege. Diese auf die neue Pflegeausbildung zu übertragen, wird ein erster Schritt sein.

| Antwort von DIE LINKE

Europaweit sind Pflegekräfte knapp. Trotzdem sind die Löhne zu niedrig, besonders bei Pflegekräften ohne Berufsabschluss. Statt des Profits wollen wir, dass alle Menschen selbstbestimmt entscheiden können, wie sie gepflegt werden. Wir wollen, dass sie gleichberechtigt Zugang zu gemeindenahen Unterstützungsdiensten zu Hause und in Einrichtungen erhalten. Dazu gehört auch die persönliche Assistenz. Um den Bedarf vor Ort zu ermitteln, wollen wir „Pflegeräte“ schaffen, zusammengesetzt aus Beschäftigten, Gewerkschaften, Kommunen und Patientenvertretungen. Wir fordern:

- ▶ Schutz für die Pflegenden aus der EU vor Lohndumping und Entrechtung durch die Lücken des deutschen Pflegesystems.
- ▶ Eine verbindliche gesetzliche Personalzumessung und europaweite Mindeststandards bei Löhnen und Personalschlüssel.
- ▶ Wir wollen einen europaweiten einheitlichen Pflegemindestlohn, der alle Tätigkeiten der (Alten-)Pflege absichert.
- ▶ Die Europäische Dienstleistungsrichtlinie darf im Bereich von Gesundheit und Pflege keine Anwendung finden.

- ▶ Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wollen wir zurück in die öffentliche Hand bringen.
- ▶ Menschenwürdige Pflege beinhaltet einen Anspruch auf Pflege und Betreuung durch Menschen und menschlichen Kontakt.

| Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten begrüßen eine Annäherung der europaweiten Standards für den Altenpflege-Beruf. Daraus ergibt sich auch die Chance, die Verfahren zur Anerkennung der Berufsabschlüsse zu straffen und somit die Aufnahme einer Pflegetätigkeit im EU-Ausland zu erleichtern. Zu einer attraktiveren Pflege-Ausbildung und zur effizienteren Anwerbung von ausländischem Pflegepersonal regen wir außerdem grenzübergreifende Kooperationen und Austauschprogramme in der Ausbildung an. Oberstes Gebot ist allerdings, dass aus einer Vereinheitlichung der Standards keine Absenkung der Qualitätsstandards der deutschen Pflege-Ausbildung resultiert.

| Antwort der SPD

Wir sehen mit Bezug auf die Pflegepolitik den dringenden Handlungsbedarf bei der Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Berufserfahrung. Aktuell sind einheitliche europäische Standards beim Beruf der Altenpflege schwerumsetzbar, da die Ausbildungssysteme der Mitgliedsstaaten im Bereich der Altenpflege zu divers sind.

